

Gerhard Simon

Zusammenbruch und Neubeginn

Die ukrainische Revolution und ihre Feinde

Ende Februar 2014 brach das Regime Janukovyč zusammen, als die Führungseliten dem Präsidenten die Gefolgschaft verweigerten. Der Majdan und der im Blut erstickte Versuch, die Protestbewegung zu zerschlagen, hatten den Boden dafür bereitet. Das Parlament erklärte den Präsidenten für abgesetzt, wählte einen Übergangspräsidenten und eine Übergangsregierung. Es gelang in kurzer Zeit, die Staatskrise abzuwenden und eine außenpolitische Neuorientierung auf den Weg zu bringen. Doch die Ukraine geriet in schwere Turbulenzen, weil Russlands Führung den Machtwechsel in Kiew nicht akzeptierte. Mit der Begründung, das „historische Russland“ wieder zu errichten, annektierte Russland die Krim und destabilisiert mit Instrumenten der verdeckten Intervention den Osten des Landes. Das Ziel ist offenbar, die Ukraine in den russischen Hegemonialbereich zurückzuführen.

Seit dem 21. November 2013 protestierten die Menschen auf dem *Majdan Nezaležnosti* (Platz der Unabhängigkeit) im Zentrum von Kiew gegen Präsident Janukovyč; drei Monate später, am 21. Februar 2014, kollabierte das Regime, und der Präsident floh aus der ukrainischen Hauptstadt.¹ Dabei hatte die autoritäre Präsidialherrschaft als gesichert gegolten. Janukovyč hatte seit seiner Amtsübernahme im Februar 2010 in sorgfältig koordinierten Schritten seine Macht konsolidiert, die Opposition marginalisiert und die Wahlgesetze so gestaltet, dass ein Machtwechsel durch Wahlen ausgeschlossen erschien. Aber der regierende Clan hatte offensichtlich die Ablehnung des korrupten Regimes in weiten Teilen der Gesellschaft und die Mobilisierbarkeit der Zivilgesellschaft unterschätzt, die schon einmal, im November/Dezember 2004, gegen Wahlfälschung aufgestanden war und eine Wahlwiederholung durchgesetzt hatte. Zum wiederholten Mal erwies sich im März 2014, dass eine eingeschränkte autoritäre Präsidialherrschaft, die sich eine Opposition im Taschenformat leistet, ohne ihr aber die Chance zum Machtwechsel einzuräumen, in der Ukraine nicht auf Dauer zu konsolidieren ist. Dies unterscheidet die Verhältnisse in der Ukraine grundsätzlich vom

Gerhard Simon (1937), Dr. phil., Historiker, Pulheim

Von ihm erschien zuletzt in OSTEUROPA: Staatskrise in der Ukraine. Vom Bürgerprotest für Europa zur Revolution, in: OE, 1/2014, S. 25–41. – Der Kommunismus und die nationale Frage. Die Sowjetunion als Vielvölkerimperium, in: OE, 5–6/2013, S. 107–124. – Demokratie und Nation. Voraussetzungen der Volksherrschaft, in: OE, 2–4/2010, S. 63–76. Ich danke Nadja Simon für die Unterstützung bei der Bereitstellung des Materials.

¹ Gerhard Simon: Staatskrise in der Ukraine. Vom Bürgerprotest für Europa zur Revolution, in: OE, 1/2014, S. 25–41.

postkommunistischen Russland, wo es Putin seit 15 Jahren gelungen ist, autoritäre Machtverhältnisse zu verankern und in der gegenwärtigen Krise sogar deutlich zu festigen. Denn in Russland gibt es eine Ressource zur Legitimation von Autoritarismus, die in der Ukraine vollständig fehlt: imperiales Denken und imperiale Nostalgie, die Zwangsvorstellung von der Größe Russlands, die bedroht seien und von der Welt nicht anerkannt würden.

Vor dem Sturm

Die Staatsmacht hatte mehrfach versucht, den friedlichen Bürgerprotest mit Polizeigewalt zu unterdrücken und den Majdan zu räumen. Gesprächsangebote hatte das Regime Janukovyč bis Mitte Januar dagegen nicht gemacht. Unter dem Eindruck der „Diktaturgesetze“, die das Parlament am 16. Januar verabschiedete und die das Land in eine offene Diktatur verwandelt hätten, kam es erstmals am 19. Januar zur Anwendung von Gewalt auch auf Seiten eines kleinen Teils der Demonstranten. Vier Menschen starben, Hunderte wurden während der tagelang anhaltenden Unruhen verletzt. Die Gesprächsangebote an die Oppositionsführer vom Majdan, die Janukovyč jetzt machte, erwiesen sich bald als inhaltsleer, nur darauf gerichtet, Zeit zu gewinnen. Der Majdan wurde aufgefordert, sich selbst aufzulösen.

Während es auch mit harten Polizeieinsätzen – allerdings unterhalb der Schwelle eines massiven Einsatzes von Schusswaffen und schwerem Gerät – nicht gelang, den Majdan zu räumen, kam es seit Ende Dezember außerhalb des Kiewer Stadtzentrums immer häufiger zu gezielten Angriffen auf Aktivisten des Majdan. In der Nacht zum 25. Dezember wurde die investigative Journalistin Tetjana Čornovol, die seit Jahren die Korruption der Staatsführung aufdeckte, überfallen, aus ihrem Auto gezerrt und schwer misshandelt.² Am 22. Januar konnte der Demonstrant Jurij Verbyc'kyj, der als Verletzter aus einem Krankenhaus entführt worden war, nur noch tot in einem Wald bei Boryspil' geborgen werden.³ Auch internationale Aufmerksamkeit fand die Entführung des Organistors des Automajdan Dmytro Bulatov, der nach Folter und erpressten Falschaussagen am 30. Januar halbtot in einem Dorf im Gebiet Kiew abgesetzt wurde. Darüber berichtete er aus einem Krankenhaus in Vilnius, wohin er nach der Freilassung ausgeflogen worden war.⁴

Neben diesen spektakulären Fällen kam es insbesondere seit Mitte Januar zu zahlreichen Überfällen auf Majdan-Aktivisten in Kiew, aber auch in anderen Städten wie Charkiv. Demonstranten wurden auf offener Straße überfallen, verprügelt oder angeschossen, in vielen Fällen wurden Autos von Aktivisten angezündet und zerstört. Die Straßen der großen Städte, wo Euromajdan-Demonstrationen stattfanden, wurden zunehmend unsicher, die Polizei blieb häufig passiv.⁵ Als Täter wurden meist Bewaffnete in Zivil, „in sportlicher Kleidung“, wie es hieß, beschrieben, sogenannte Tituški,

² Pobyly Tetjanu Čornovol, jaka pysala pro Zacharčenko, Med' vedčuka, Kljujeva, L' ovočkina ta Janukovyča, <www.pravda.com.ua/news/2013/12/25/7008295/>.

³ Verbyc'kyj, jakogo vykradaly razom z Lucenkom, mertvyj, <www.pravda.com.ua/news/2014/01/21/7010540/>.

⁴ Simon, Staatskrise [Fn. 1], S. 32.

⁵ Schläge und Schüsse. In der Ukraine häufen sich Angriffe auf Oppositionelle. FAZ, 9.1.2014.

d.h. bezahlte Banditen, beauftragte Kriminelle, die nicht leicht zu identifizieren waren.⁶ Bei Demonstrationen wurden Tituški teilweise in großer Zahl auf Seiten der Polizei eingesetzt, um Demonstranten einzuschüchtern und zu verprügeln. Immer wieder berichteten die Opfer darüber, dass nach ihrem Eindruck bei den Überfällen und Folterungen auch russische Sicherheitskräfte dabei gewesen seien.

Um den Majdan und seine Aktivisten besser zu schützen, wurde seit Ende Januar die *Samooborona* (Selbstverteidigung) des Majdan ausgebaut; sie sollte auf das ganze Land ausgedehnt werden. Geplant war der Aufbau einer paramilitärischen Organisation von 30 000 bis 40 000 Männern und Frauen; tatsächlich waren Anfang Februar etwa 12 000 Männer und Frauen in den Selbstverteidigungseinheiten organisiert; sie waren, von Ausnahmen abgesehen, nicht mit Schusswaffen ausgestattet und patrouillierten in Kiew bei Nacht.⁷ Neben der Selbstverteidigung gab es auf dem Majdan radikale, teilweise bewaffnete Gruppen wie *Pravij sektor* (Rechter Sektor), die sich nicht der politischen Führung durch die drei Vorsitzenden der Oppositionsparteien unterordneten: Arsenij Jacenjuk von der Partei *Bat'kivščina* (Vaterland), Vitalij Klyčko von *Udar* (Schlag) und Oleh Tjahnybok von *Svoboda* (Freiheit).

Seit Mitte Januar nahm die Konfrontation zwischen der Protestbewegung und dem Regime Janukovyč zunehmend radikale Formen an. Auf beiden Seiten wuchs die Ungeduld: Die Menschen auf dem Majdan erwarteten endlich Ergebnisse ihrer monatelangen Proteste, vor allem den Rücktritt des Präsidenten und Neuwahlen. Janukovyč und seine Mannschaft verlangten die Liquidierung des Majdan und die Rückkehr zur Stabilität. Seit Mitte Januar hatte die Majdan-Bewegung außerdem weit über Kiew hinausgegriffen, das Janukovyč-Regime hatte in etwa einem Drittel des Landes im Westen und im Zentrum faktisch die Regierungshoheit verloren. Die Gebiete waren weitgehend zur Majdan-Protestbewegung übergegangen.

Dennoch lässt sich nicht sagen, dass die Konfrontation zielstrebig auf eine gewaltsame Zuspitzung, auf den Zusammenbruch des Regimes oder gar auf einen Bürgerkrieg zusteuerte. Es gab im Gegenteil Anfang Februar auch Signale der Entspannung. Am 29. Januar hatte die Verchovna Rada, das Parlament, ein sogenanntes Amnestiegesetz verabschiedet, das vorsah, alle in Haft befindlichen Demonstranten freizulassen, wenn die Protestbewegung alle besetzten öffentlichen Gebäude und Straßen räumte. Diese Bedingungen sollten bis zum 17. Februar erfüllt sein.⁸ Dieses Gesetz, das von der Janukovyč-Mehrheit im Parlament durchgesetzt wurde, machte erneut die strategische Maxime der Regierung deutlich: die Rückkehr zum Status quo ante. Es ging darum Zeit zu gewinnen, ohne dem Majdan substantielle Zugeständnisse zu machen.

Mitte Februar war tatsächlich ein beträchtlicher Teil der Bedingungen von beiden Seiten erfüllt: Fast alle festgenommenen Demonstranten waren auf freiem Fuß, die Majdan-Bewegung hatte in fünf Gebietshauptstädten die Gebäude der Gebietsverwaltungen geräumt, das Rathaus in Kiew freigemacht und die Hruševs'kyj Straße im

⁶ Der Namensgeber war Vadim Tituško, ein Kampfsportler aus Bila Cerkva, der sich später, empört über den Missbrauch seines Namens, selbst dem Majdan anschloss.

⁷ Klyčko zaklykav organizyvaty patroljuvannja vulyc' u Kyjevi, <www.pravda.com.ua/news/2014/01/31/7012277/>.

⁸ Zakon Pro usunennja negatyvnych naslidkiv ta nedopuščennja peresliduvannja da pokarannja osib z pryvod podij, jaki maly misce pid čas provedennja myrnych zibranj, <www.pravda.com.ua/articles/2014/01/30/7011991/>.

Zentrum von Kiew wieder für den Autoverkehr freigegeben.⁹ Aber die zentrale Erwartung der Janukovyč-Führung blieb unerfüllt. Der Majdan in Kiew löste sich nicht auf; auch nach der üblichen Großkundgebung (Viče) am Sonntag, dem 16. Februar, mit einigen zehntausend Teilnehmern, blieb das Zentrum der Hauptstadt in der Hand der Majdan-Aktivistinnen hinter ihren Barrikaden zum Schutz gegen Überraschungsangriffe der Polizei.

Der Kollaps

Der Ablauf der Ereignisse in den nächsten Tagen spricht dafür, dass die Janukovyč-Führung am 17. Februar die Entscheidung traf, den Majdan endgültig zu räumen und keine weiteren Gesprächsangebote mehr zu machen. Den Verantwortlichen war klar, dass dies ohne den Einsatz von Gewalt unmöglich war. Die Majdan-Führung sah sich ihrerseits in einer Patt-Situation: Sie konnte die Regierung einerseits nicht zwingen, den Forderungen des Majdan, insbesondere der Rücktritt des Präsidenten und Neuwahlen, entgegenzukommen, andererseits war ein Abrücken von diesen Forderungen der Protestbewegung ausgeschlossen. Einen Ausweg aus dieser Sackgasse sah die Majdan-Führung in dem Appell an das Parlament zu handeln, eine dem Parlament verantwortliche Regierung zu bilden, eine Verfassungsreform durchzuführen bzw. zur Verfassung von 2004 zurückzukehren, die dem Parlament umfassende Vollmachten eingeräumt und die Kompetenzen des Präsidenten beschnitten hatte.

Deshalb rief der Majdan zu einem Demonstrationzug zum Gebäude des Parlaments am 18. Februar auf, um so Druck auf die Verchovna Rada auszuüben.¹⁰ Das Parlamentspräsidium weigerte sich jedoch, Verfassungsfragen auch nur auf die Tagesordnung zu setzen. Die Demonstranten wurden bereits auf dem Weg zum Parlament mit Gewalt empfangen. Polizisten hatten sich auf Dächern postiert und schossen von dort auf die Menge. Teile der mit Knüppeln bewaffneten Demonstranten antworteten ihrerseits mit Gewalt gegen die Polizei. Um 18 Uhr abends meldeten die Demonstranten sieben Tote und mehr als 100 Verletzte.¹¹ In der nachfolgenden Nacht stürmten die Soldaten des Sicherheitsdienstes *Služba bezpeky Ukrajiny* (SBU) und des Innenministeriums den Majdan. Zuvor wurden der Betrieb der Metro eingestellt, die Innenstadt weiträumig abgeriegelt und an den Ausfallstraßen Straßensperren errichtet. Der Zugverkehr mit der Westukraine wurde eingestellt. Verstärkung von dort sollte so ausgeschlossen werden.

Die Soldaten drängten die Aktivistinnen von einem großen Teil des von ihnen besetzten innerstädtischen Territoriums zurück, die vollständige Einnahme des *Majdan Nezaležnosti* gelang jedoch nicht. Die Demonstranten, seit Wochen auf den Sturm vorbereitet, leisteten gut organisierten Widerstand. Das Stabsquartier des Majdan, das Haus der Gewerkschaften, brannte, ebenso andere Gebäude und die Zelte, die dort in großer Zahl in den vergangenen Monaten aufgebaut worden waren. Der Feuersturm

⁹ Poltavs'ku ODA „očiščali“ vid majdaniv cilu nič, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/16/7014003/>.

¹⁰ Oleksij Haran': Zavtra do Rady! Zbir iz 8 ranku na Maidani, <blogs.pravda.com.ua/authors/haran/53022bf330f31/>.

¹¹ Začistka Kieva. Sem'ja Janukovičej ubivaet ukraincev radi vlasti i deneg, <<http://argumentua.com/stati/zachistka-kieva-semya-yanukovichei-ubivaet-ukraintsev-radi-vlast-i-deneg>>.

vergrößerte sich durch die brennenden Autoreifen, die Demonstranten ins Feuer warfen, um eine Feuerwand gegen die vorrückenden Soldaten zu errichten. Auf beiden Seiten flogen Steine, Molotowcocktails und Gummigeschosse, aber es wurde auch scharfe Munition eingesetzt. Noch Tage danach hing Brandgeruch über der Stadt. Am 19. Februar gab das Gesundheitsministerium die Zahl der Toten unter den Demonstranten mit 16 an, hinzu kamen zehn Tote auf Seiten der Sicherheitskräfte. Außerdem wurden Hunderte auf beiden Seiten verletzt.¹²

Die große Zahl der Toten und Verletzten führte offenbar bei den Sicherheitskräften zu einem grundsätzlichen Umdenken. Insbesondere schwand die Bereitschaft, weiter Leben und Gesundheit für das Janukovyč-Regime zu Markte zu tragen. Zumal die Entschlossenheit und Rage auf dem Majdan offenbar unverändert waren. Am Mittag des 19. Februar hatten sich bereits wieder etwa 5000 Personen auf dem Unabhängigkeitsplatz eingefunden trotz der fortbestehenden weitgehenden Blockade der Zufahrtswege.¹³ Sicherheitskräfte und die politische Führung kamen deshalb wahrscheinlich überein, dass eine Wiederholung des trotz großer Opfer erfolglosen Sturms des Majdan nicht ratsam war, nicht zuletzt wegen der möglichen wachsenden Unzuverlässigkeit der Sicherheitskräfte. Deshalb beschloss der SBU mit der Zustimmung des Präsidenten am 19. Februar die Durchführung einer sogenannten Antiterroroperation (ATO). Ziel war wohl nicht zuletzt der verstärkte Einsatz von Schusswaffen, um die Verluste auf der eigenen Seite gering zu halten.¹⁴

Der Antiterrorereinsatz begann in Kiew am Morgen des 20. Februar. Er führte direkt in den Kollaps des Systems Janukovyč. Scharfschützen wurden insbesondere in der Instituts'ka vul. (Institutsstraße) und um das Hotel *Ukrajina* postiert, von wo der Unabhängigkeitsplatz gut einzusehen ist. Sie schossen gezielt auf einzelne Demonstranten und zufällig anwesende kleine Gruppen, ohne dass diese irgendwelche aggressiven Aktionen unternommen hätten. Niemals zuvor war die Polizei in dieser brutalen Weise vorgegangen. Es waren gezielte Todesschüsse. Am Nachmittag des 20. Februar sprach der medizinische Dienst auf dem Majdan von 70 Toten; bis 19:30 waren 58 Opfer namentlich identifiziert.¹⁵ Später stieg die Zahl der Opfer auf weit über 100; für sie bürgerte sich sehr bald die Bezeichnung „Hundertschaft im Himmel“ (nebesna sotnja) ein, in Anlehnung an die Gliederung der Selbstverteidigungseinheiten in Hundertschaften. Die Opfer waren weder prominente Aktivisten noch die Führer vom Majdan.

Bis heute dauern die Untersuchungen der Generalstaatsanwaltschaft und des Innenministeriums an über den genauen Tathergang, die Befehlskette und die Verantwortlichen. Die Scharfschützen sollen Angehörige der Spezialeinheit *Berkut* des Innenministeriums gewesen sein; nach anderen Angaben war auch die Spezialeinheit *Al'fa* beteiligt.¹⁶ Die politische Verantwortung der Staatsführung steht außer Frage. Führende Vertreter der regierenden *Partei der Regionen* ließen keinen Zweifel an ihrer Ent-

¹² U MOZ pidverdžujut' zagibel' 26 ljudej, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/19/7014688/>.

¹³ Na Majdani stojat' kil'ka tysjač aktivistiv, u Mychajlivs'komu sobori – ponad 100 poranonych, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/19/7014764/>.

¹⁴ SBU počinjaє antyterrorystyčnu operacijū. Janukovyč – v kursī, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/19/7014845/>.

¹⁵ Schreckensszenen auf dem kohlschwarzen Schlachtfeld. FAZ, 21.2.2014. – U sutyčkach y Kyjevi ubyto vid 67 do 100 ljudej, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/20/7015249/>.

¹⁶ GPU zatrymala vže 12 berkutivciv za roztril mitynguval'nykiv, <www.pravda.com.ua/news/2014/04/3/7021189/>.

schlossenheit, mit dem Majdan Schluss zu machen. So erklärte Oleh Car'ov in der Feuernacht vom 18./19. Februar im russischen Fernsehen, „der Majdan wird im Lauf einer Stunde auseinandergejagt“.¹⁷ Die Abgeordnete und Janukovyč-Vertraute Elena Bondarenko sagte einem deutschen Journalisten, als schon Dutzende Tote auf den Straßen von Kiew lagen: „Ich glaube, das Vorgehen der Sicherheitskräfte ist noch gar nicht hart genug.“¹⁸

Die Armee war an dem Einsatz gegen den Majdan nicht beteiligt, obwohl in der Ankündigung über den Beginn der Antiterroroperation ausdrücklich das Verteidigungsministerium als Teilnehmer genannt wurde.¹⁹ Verteidigungsminister Pavlo Lebedev hatte schon Wochen zuvor erklärt, 87 Prozent der Angehörigen der Streitkräfte unterstützten den Präsidenten; damit distanzieren sich der Minister und die Armee klar von der Majdan-Bewegung.²⁰ Allerdings gab es offenbar unmittelbar vor dem geplanten Einsatz Widerstand in der Armee, denn Janukovyč wechselte am 19. Februar den Generalstabschef der Streitkräfte aus: An die Stelle von Volodymyr Zamana trat Jurij Il'jin. Il'jin erteilte den Befehl, mehrere Einheiten der Armee, insgesamt etwa 2500 Mann, für Einsätze zur Antiterroroperation zu mobilisieren und in Marsch zu setzen.²¹ Allerdings kamen sie nicht mehr zum Einsatz, denn am Nachmittag des 20. Februar änderte sich die Lage grundsätzlich.

Wegen des Blutbads in Kiew sagten sich große Teile des politischen und militärischen Establishments vom Präsidenten los. Zwar hatte es auch schon zuvor sowohl bei den Sicherheitskräften als auch in der *Partei der Regionen* Kritik, Distanzierung und in Einzelfällen offenen Widerstand gegen Janukovyč gegeben. Die gezielte Tötung unbewaffneter Demonstranten durch Scharfschützen wirkte jetzt wie ein Katalysator und löste eine regelrechte Panik in der Staatsführung aus.

Unter dem Eindruck des Massakers in Kiew trat am Nachmittag des 20. Februar das Parlament zu einer Sondersitzung zusammen. Am Abend fasste die Verchovna Rada einen Beschluss, in dem die sofortige Einstellung des Feuers verlangt wurde. Die Soldaten des Innenministeriums und der Sondereinheiten der Polizei sollten umgehend in ihre Kasernen zurückkehren. Die Anwendung von Schusswaffen wurde verboten. Damit untersagte das Parlament faktisch die Antiterroroperation, die von der Regierung am Tag zuvor angeordnet worden war. Außerdem stellte der Beschluss fest, dass nur das Parlament das Recht habe, den Ausnahmezustand auszurufen.²²

¹⁷ Car'ov v efiri rosijs'koho kanala obicjaje, ščo protjagom hodyny Majdan pozzenuť, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/18/7014525/>.

¹⁸ Janukowitsch-Vertraute Jelena Bondarenko: „Die Polizei geht nicht hart genug vor“. Spiegel-Online, 20.2.2014, <www.spiegel.de/politik/ausland/jelena-bondarenko-interview-mit-janukowitsch-vertraute-a-954673.html>.

¹⁹ SBU počinaje antyterorystyčnu operaciju [Fn. 14].

²⁰ <http://gazeta.ua/articles/politics/_ministr-oboroni-87-vijskovich-pidtrimuyut-diyi-yanukovicha/539628>.

²¹ Novyj načal'nyk Genštabu taky nakazuvav kynuty armiju proty Majdanu, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/24/7016065/>. – Die Einschätzung, die Armee habe sich von der Regierung los gesagt, ist übertrieben und ideologischen Vorannahmen geschuldet als einer genauen Erhebung der Tatsachen. Die These hat vertreten Maciej Bartkowski: Die Maidan-Revolution in der Ukraine: Gewaltloser Widerstand in gewaltgeladener Situation. *Ukraine-Analysen*, 130/2014, S. 11–16, hier S. 15.

²² Deputaty progolosuvaly za prypynennja vognju, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/20/7015330/>.

Für diesen Beschluss stimmten 236 Abgeordnete, also mehr als die absolute Mehrheit von 226 Abgeordneten. Mit diesem Parlamentsbeschluss in dramatischer Stunde kippte die Unterstützung für Janukovyč im Parlament, die seit Februar 2010 bestanden hatte. Damit wurde der Grund für eine neue Parlamentsmehrheit gelegt, die sich in den folgenden Tagen festigte und einen politischen Erdbeben auslöste. Dabei verfügten die drei Oppositionsparteien zusammen nur über 167 Stimmen. 35 Abgeordnete (von 205) der *Partei der Regionen* schlossen sich der Opposition an; die übrigen Stimmen kamen von fraktionslosen Abgeordneten im Parlament. Die große Mehrheit der Regierungspartei hielt sich am 20. Februar also noch abseits, sie stimmte zwar nicht gegen den Beschluss, verließ aber bei der Abstimmung den Sitzungssaal. Zahlreiche Abgeordnete der *Partei der Regionen*, der Partei des Präsidenten, waren überhaupt nicht zur Sondersitzung des Parlaments erschienen, darunter alle 39 Abgeordneten, die der Gruppierung des Donec'ker Oligarchen Rinat Achmetov zugerechnet werden.²³

Dennoch waren die Auflösungserscheinungen der wichtigsten institutionellen Basis des Präsidenten unübersehbar. Elf Abgeordnete traten offiziell aus der Partei und der Fraktion aus, bis zum 23. Februar waren es bereits 72 Abgeordnete der Verchovna Rada.²⁴ Später wuchs diese Zahl weiter. In zahlreichen Gebieten löste sich die *Partei der Regionen* buchstäblich selbst auf. Mit großer Verspätung geschah jetzt das, wozu Inna Bohoslovs'ka, die Janukovyč-kritische Abgeordnete der *Partei der Regionen*, schon Ende November 2013 unter dem Eindruck der Massenproteste auf dem Majdan aufgerufen hatte, wobei sie selbst mit gutem Beispiel voranging: Austritt aus der Partei der Regionen, „um eine neue Mehrheit im Parlament zu bilden und die Verchovna Rada zum wichtigsten politischen Zentrum der Ukraine zu machen“.²⁵

Während das Parlament sich gegen Jankovyč stellte, trafen am Nachmittag des 20. Februar die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens in Kiew ein, um im Auftrag der EU zwischen Janukovyč und dem Majdan zu vermitteln und der Gewalt Einhalt zu gebieten. Die Verhandlungen in der Präsidialadministration dauerten die ganze folgende Nacht. Am 21. Februar unterzeichneten der Präsident und die drei Oppositionsführer vom Majdan, Vitalij Klyčko, Arsenij Jacenjuk und Oleh Tjahnjybok, eine Vereinbarung; die Außenminister der EU Staaten zeichneten als Zeugen gegen. Darin verpflichteten sich beide Seiten, keine Gewalt anzuwenden, innerhalb von 48 Stunden die Verfassung von 2004 wieder in Kraft zu setzen und spätestens im Dezember 2014 vorgezogene Präsidentschaftswahlen abzuhalten.²⁶

Das wichtigste Verdienst dieser diplomatischen Mission war ihr Beitrag zur Einstellung der Gewalt auf den Straßen von Kiew. Im Übrigen waren beide Seiten nicht bona fide bereit, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Rada des Majdan hatte zwar zähneknirschend ihre Zustimmung gegeben, aber die Menschen und viele organisierte Gruppen auf dem Majdan waren nach dem Blutbad nicht länger bereit, Janukovyč als Präsidenten zu akzeptieren, auch nicht auf Zeit bis zum Dezember 2014. Janukovyč hatte seinerseits schon seit dem 19. Februar Vorbereitungen zur

²³ Chto y kak holosoval v Rade za Postanovlenye o prekraščenyy nasyl'ya: analiz Lesy Orobec. Argument, 21.2.2014, <<http://argumentua.com/novosti/khto-i-kak-golosoval-v-rade-za-postanovlenie-o-prekraščenii-nasiliya-analiz-lesi-orobets>>.

²⁴ Frakciju PR zalyšyly vže 72 deputaty, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/23/7015943/>.

²⁵ Bohoslovs'ka vyjšla iz PR i zaklykala Janukovyča pity v vidstavku, <www.pravda.com.ua/news/2013/11/30/7003828/>.

²⁶ <<http://argumentua.com/novosti/polnyi-tekst-soglasheniya-s-yanukovichem>>.

Flucht aus Kiew getroffen, unter Mitnahme großer Mengen von Wertsachen, wie die Auswertung der Überwachungskameras in seiner Residenz in Mežyhir'ja im Nachhinein ergab.²⁷ Auch Bargeld ließ er – nach Erkenntnissen des neuen Generalstaatsanwaltes – in riesigen Mengen rechtzeitig außer Landes schaffen.²⁸ Am Abend des 21. Februar verließ Janukovyč Kiew, flog in die Ostukraine, wo er untertauchte und erst Tage später zuerst auf der Krim und dann in Moskau wieder auftauchte. Seine Flucht beschleunigte das, was ihn offenbar aus der Hauptstadt getrieben hatte: den völligen Zusammenbruch seiner politischen und militärischen Basis in Kiew.

Am Mittag des 21. Februar zogen sich die Polizei und die Truppen des Innenministeriums fluchtartig aus dem Regierungsviertel in Kiew zurück. Einige Spezialeinheiten blieben zur Bewachung der Präsidentialadministration zurück. Hundertschaften der Selbstverteidigung rückten in das Regierungsviertel ein zur Sicherung der Gebäude und des Parlaments. „Der Majdan kontrolliert Kiew heute vollständig“, erklärte Andrij Parubij, der Kommandant des Majdan, am Abend vor den Demonstranten.²⁹

Das Parlament übernimmt die Macht

Der Majdan hatte gesiegt. Die Initiative des politischen Handels ging jetzt auf das Parlament über, das mit großer Zielstrebigkeit und in kürzester Zeit Fakten schaffte und den Grund für eine neue, demokratische Ukraine legte. Noch am 21. Februar stimmte das Parlament für die Rückkehr zur Verfassung von 2004 und entzog damit dem Präsidenten wichtige Kompetenzen, die jetzt wieder beim Parlament lagen. Für die Rückkehr zur Verfassung aus der Zeit der Orangen Revolution votierten 386 Abgeordnete, weit mehr als die Zweidrittelmehrheit von 300 Stimmen. Nach der Verfassung von 2004 ernennt das Parlament den Ministerpräsidenten, den Verteidigungs- und Außenminister sowie weitere leitende Staatsbeamte.³⁰ Am gleichen Tag entfernte die Verchovna Rada Innenminister Vitalij Zacharčenko aus seinem Amt, der unmittelbar für die Befehle zur Erschießung der Demonstranten verantwortlich gemacht wurde; 332 Abgeordnete stimmten für diesen Beschluss.³¹ Schließlich änderte das Parlament mit 310 Stimmen den Paragraphen des Strafgesetzbuches, auf Grund dessen Julija Tymošenko verurteilt worden war.³² Sie wurde bereits am Tag danach aus der Haft in Charkiv entlassen, flog nach Kiew und sprach zu den Demonstranten auf dem Majdan.

Am 22. Februar wählte die Verchovna Rada einen neuen Parlamentspräsidenten, nachdem der bisherige Sprecher und enge Vertraute von Janukovyč, Volodymyr Rybak, das Amt niedergelegt hatte. 288 Abgeordnete stimmten für Oleksandr Turčynov, den

²⁷ Opryljudneno video, jak Janukovyč utikav z Mežyhir'ja iz cinnostjamy, <www.pravda.com.ua/news/2014/03/12/7018540/>.

²⁸ Janukovyč vyviz do Moskvy \$32 mlrd, vony jdyt' na separatyzm – GPU, <www.pravda.com.ua/news/2014/04/28/7023899/>.

²⁹ Parubij: Majdan s'ohodni povnistju kontroljuje Kyjiv, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/22/7015623/>.

³⁰ Konstytucija 2004 roku povemulasja, in: Ukrajins'ka pravda, 21.2.2014, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/21/7015537/>.

³¹ Rada vidstoronyla Zacharčenka, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/21/7015556/>.

³² Rada pryjnjala zakon, jakyj dozvolyt' zvil'nyty Tymošenko, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/21/7015566/>.

Stellvertreter von Tymošenko im Parteivorsitz der bisherigen Oppositionspartei *Bat'kivščyna* (Vaterland), der auf dem Majdan eine zentrale Rolle gespielt hatte und beim versuchten Sturm verletzt worden war.³³

Den entscheidenden Schritt vollzog das Parlament mit der Entfernung von Janukovyč aus dem Amt. Der Präsident habe sich „in verfassungswidriger Weise der Erfüllung seiner verfassungsmäßigen Vollmachten selbst entzogen und er erfüllt somit nicht seine Verpflichtungen“. Deshalb, so der Beschluss des Parlamentes weiter, werden gemäß Artikel 85, Absatz 1, Teil 7 Neuwahlen des Präsidenten für den 25. Mai 2014 ausgeschrieben. Dieser grundlegende Beschluss des Parlaments wurde von 328 Abgeordneten, also mehr als Zweidrittel, gut geheißten.³⁴ Janukovyč meldete sich noch am gleichen Tag mit einer Videobotschaft von einem unbekanntem Ort im Osten der Ukraine aus und erklärte, er trete nicht vom Amt des Präsidenten zurück, den Beschluss des Parlaments bezeichnete er als „Staatsstreich“, es sei das Gleiche wie die nationalsozialistischen Machtübernahme in den 1930er Jahren.³⁵ Von seiner Rückkehr nach Kiew sprach er nicht.

Kein Zweifel, das Parlament sprengte mit der Entfernung des Präsidenten aus dem Amt den Rahmen der Verfassung und beschränkte einen revolutionären Weg in einer ausweglos erscheinenden Lage. Bei einer Beurteilung dieses Vorgehens muss aber Folgendes bedacht werden: Janukovyč hatte sich durch die von ihm zu verantwortende Gewaltorgie und die Flucht aus der Hauptstadt um den letzten Kredit gebracht. Das Establishment, das ihn vier Jahre lang gestützt hatte, hatte sich von ihm abgewendet. Jetzt votierte „sein“ Parlament mit übergroßer Mehrheit für seine Entfernung aus dem Amt. Hinzu kommt: Die Absetzung von Janukovyč stürzte das Land nicht ins Chaos, sondern eröffnete gute Chancen für eine Stabilisierung. Dass die Ukraine dennoch sehr bald in schwere Turbulenzen geraten sollte, war die Folge der russischen Interventionspolitik auf der Krim und im Osten des Landes.

Am 23. Februar wählte das Parlament seinen neuen Sprecher auch zum amtsführenden Präsidenten bis zur Neuwahl im Mai; 285 Abgeordnete stimmten für ihn als Übergangspräsidenten.³⁶ Das Parlament machte auch umgehend von seinem Recht zur Absetzung von Ministern und leitenden Beamten Gebrauch, das ihm nach der Verfassung von 2004 zustand: Außenminister Leonid Kožara, der hemmungslose Propagandist für Janukovyč im Ausland, sowie der ukrainophobe und skandalumwitterte Bildungsminister Dmytro Tabačnyk wurden entlassen. Die Rada ernannte Oleh Machnic'kyj zum neuen Generalstaatsanwalt und Valentyn Nalyvajčenko zum neuen Chef des Sicherheitsdienstes SBU, nachdem die bisherigen Amtsinhaber entlassen worden waren. In beiden Fällen votierten mehr als Zweidrittel der Abgeordneten für die neuen Leiter dieser für die Sicherheit zentralen Behörden.³⁷

³³ Verchovna Rada obrala spikera, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/22/7015677/>.

³⁴ Rada skynula Janukovyča, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/22/7015777/>.

³⁵ Janukovyč pro podiji v Ukrajinі: Ce deržpervorot i nacysts'ka Nimeččyna, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/22/7015763/>.

³⁶ Turčynova obrano v.o. prezidenta Ukrajinі, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/23/7015936/view_print/>.

³⁷ Nalyvajčenko stav golovoju SBU, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/24/7016118/>. – Rada pryznačyla genprokurora, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/24/7016119/>.

Schließlich wählte das Parlament am 27. Februar nach mehrtägigen schwierigen Verhandlungen über die neue Regierungsmannschaft den bisherigen Oppositionsführer Arsenij Jacenjuk zum neuen Ministerpräsidenten. Er erhielt mit 371 Ja-Stimmen eine Rekordunterstützung.³⁸ Die Rada billigte auch die neue Kabinettsliste mit mehr als einer Zweidrittel-Mehrheit. Zuvor hatte der Majdan in Kiew der neuen Regierungsmannschaft zugestimmt.³⁹ Unmittelbar vor der Wahl des Ministerpräsidenten bildete das Parlament die von der Verfassung vorgeschriebene Mehrheitskoalition; zu ihr gehörten die drei bisherigen Oppositionsparteien *Bat'kivščyna* (Vaterland), *Udar* (Schlag) und *Freiheit* (Svoboda) sowie zwei neu formierte Abgeordnetengruppen *Ekonomičnyj rozvytok* (Ökonomische Entwicklung) und *Suverenna Jevropejs'ka Ukrajina* (Souveräne Europäische Ukraine); 250 Abgeordnete unterzeichneten den Koalitionsvertrag; die erforderliche absolute Mehrheit beträgt 226 Abgeordnete.⁴⁰

Damit hatte das Parlament innerhalb von nur fünf Tagen die drohende Staatskrise abgewendet und die Grundlage für einen demokratischen Neubeginn gelegt. Die vor allem in Russland zunehmend schrille Kritik, es habe sich um die Machtergreifung einer „Junta“ von „Faschisten“ und anderen „Extremisten“ gehandelt, ist umso absurder, als hier jenes Parlament handelte, das im Oktober 2012 auf dem Höhepunkt der Macht von Präsident Janukovyč gewählt worden war. Dabei hatten internationale Wahlbeobachter seinerzeit umfangreiche Manipulationen und zwar zugunsten der regierenden Partei der Regionen konstatiert; die Opposition war hingegen massiv eingeschränkt worden.⁴¹ Im Februar 2014 vollzog also das Parlament mit einer breiten Mehrheit von Zweidritteln der Abgeordneten bei den wichtigsten Beschlüssen einen Machtwechsel, nachdem das bisherige Regime jede Unterstützung verloren hatte. Selbstverständlich hatte erst die drei Monate dauernde Protestbewegung des Euromajdan die Voraussetzungen für diesen Machtwechsel geschaffen. Insofern wirkten hier eine zivilgesellschaftliche Basisbewegung und das Verfassungsorgan Parlament zusammen, um das Land aus der Krise zu führen, in die das korrupte Präsidialregime es gestürzt hatte. Dabei war der Majdan der Sieger; die bisherige Partei der Macht wurde in den Wirren aufgerieben.

Die neue Regierung und ihre Feinde

Bat'kivščyna (Vaterland) war die führende Kraft in der neuen Regierung; zu ihr gehörten Ministerpräsident Jacenjuk und zahlreiche Minister ebenso wie der Übergangspräsident Turčynov. Die Partei *Udar* (Schlag) und ihr Chef Klyčko traten nicht in die neue Regierung ein, trugen allerdings die Regierung mit und unterschrieben den Koalitionsvertrag. Dass Klyčko keinen Ministerposten übernahm, wurde damit begründet, dass er bei der Wahl am 25. Mai für das Amt des Staatspräsidenten kandidierte. Allerdings zog er Ende März seine Kandidatur zugunsten von Petro Porošenko zurück und bewarb sich stattdessen um das Amt des Bürgermeisters von Kiew, der am gleichen Tag gewählt wird. Zwar ist *Udar* nicht im Kabinett vertreten, besetzt

³⁸ Rada pryznačyla Jacenjuka prem'jerom, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/27/7016514/>.

³⁹ Kabinettsliste: Rada obrala novyj urjad, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/27/7016518/>.

⁴⁰ U Verchovij Radi stvoreny koaliciju „Jevropejs'kyj vybir“ – 250 deputativ, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/27/7016499/>.

⁴¹ Simon, Staatskrise [Fn. 1], S. 26–27.

aber mit Valentyn Nalyvajčenko das außerordentlich wichtige Amt des Geheimdienstchefs SBU, das Nalyvajčenko bereits in der Orangen Zeit unter Präsident Juščenko innegehabt hatte. Auch der Führer von *Svoboda* (Freiheit) Tjahnybok trat nicht in das Kabinett ein.

Die vier Vertreter dieser rechts-konservativen Partei gelten nicht als Schwergewichte der Regierung: Vizeministerpräsident Oleksandr Syč, Umweltminister Andrij Mochnyk, Landwirtschaftsminister Ihor Švajka und Verteidigungsminister Ihor Tenjuch, der bereits am 25. März wegen der Krim-Krise zurücktrat. In das wichtige Amt des Außenministers berief das Parlament den parteilosen Karrierediplomaten Andrij Deščycija. Neben Angehörigen der bisherigen Oppositionsparteien erhielten Vertreter des Majdan Ministerposten, die in der Protestbewegung herausragende Funktionen wahrgenommen hatten. Dmytro Bulatov wurde Minister für Jugend und Sport; er gehörte zu den Organisatoren des Automajdan, der mit Autokorsos die Residenzen der verhassten Exponenten des Janukovyč-Regimes blockiert hatte und mit Patrouillen zur Sicherung der Straßen in Kiew den Majdan auch außerhalb des Zentrums der Hauptstadt präsent gemacht hatte. Der Arzt Oleh Musij wurde Gesundheitsminister. Er hatte auf dem Majdan den medizinischen Dienst organisiert und geleitet. Das Kulturministerium übernahm der Schauspieler und Theatermann Jevhen Nyščuk, und Bildungsminister wurde Serhij Kvit, Präsident der Kiewer Mohyla Akademie und langjähriger Kritiker der Politik des Vorgängers Tabačnyk.

Der bisherige „Kommandant“ des Majdan und Chef der Selbstverteidigung, Andrij Parubij, übernahm das wichtige Amt des Sekretärs des Rates für nationale Sicherheit und Verteidigung (*Rada nacional'noji bezpeky i oborony Ukrainy*, RNBO). Die meisten Minister und Amtschefs stammen aus der westlichen und zentralen Ukraine; angesichts der politischen Spaltung des Landes kann es nicht anders sein. Die Mitglieder der Vorgänger-Regierung waren überwiegend, wie auch Janukovyč selbst, Vertreter des Donbass, kamen also aus dem äußersten Osten des Landes. Zur neuen Regierung gehören zwei Minister aus Charkiv, der östlichen „Hauptstadt“ des Landes: Arsen Avakov als Innenminister und Ihor Švajka als Landwirtschaftsminister.⁴²

Die neue Regierung legte ein umfangreiches Reformprogramm vor, das von einem schonungslosen Sparprogramm bei den Staatsausgaben über die Demonopolisierung der Wirtschaft bis zur Justizreform und der Korruptionsbekämpfung reichte. In der Außenpolitik sollte möglichst bald das Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet werden, zugleich strebte die Regierung die „Entwicklung allseitiger gutnachbarlicher Beziehungen mit der Russländischen Föderation“ an.⁴³ Allerdings erzwangen die realen Verhältnisse von Anfang an andere Prioritäten: Buchstäblich an dem Tag, an dem das Parlament die neue Regierung bestätigte, wurde in Simferopol' die dortige Regierung der Autonomen Republik Krim von radikalen prorussischen Kräften in einem staatsstreichartigen Coup gestürzt. Der neue Ministerpräsident Serhij Aks'onov kündigte ein Referendum über die staatliche Selbständigkeit der Krim an, die damals allerdings noch im Rahmen der Ukraine angestrebt wurde. Es begann damit jener Prozess, der dann in nur drei Wochen zur Annexion der Krim durch Russland führte.

⁴² Majdanu pokazaly majbutnich ministriv. Chto vony? <www.pravda.com.ua/articles/2014/02/26/7016429/>. – Alte Minister und neue Helden, in: FAZ, 13.3.2014.

⁴³ Programa dijaj'nosti Kabinetu ministriv Jacenjuka, <www.pravda.com.ua/articles/2014/02/27/7016528/>.

Russlands Regierung und ihre Propaganda hatten zwar den Majdan von Anfang an mit hämischen und verleumderischen Kommentaren begleitet – das sei eine vom Westen finanzierte und gesteuerte antirussische Veranstaltung. Aber weitergehende Aktionen hatte es bis zum Sturz von Janukovyč nicht gegeben. Vieles spricht dafür, dass Putin vom Sturz des Janukovyč-Regimes völlig überrascht worden ist – wie die meisten Beobachter – und zunächst keinen Plan B für diesen Fall bereit hatte. Schließlich war Janukovyč zehn Jahre lang Putins Mann in Kiew gewesen, der zwar nicht jedem Wink aus Moskau folgte, aber insgesamt doch eine Garantie dafür bot, dass die Ukraine innen- und außenpolitisch im Fahrwasser Russlands blieb und nicht unkontrollierbar nach Westen abdriftete. Mit seiner Weigerung, das Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, hatte der ukrainische Präsident noch im November 2013 gezeigt, dass auf ihn Verlass war – auch wenn dazu offener Druck aus Russland beigetragen hatte.

Für das Putin-Regime und weite Teile der russischen politischen Klasse und Öffentlichkeit war und ist ganz unbegreiflich, dass eine zivilgesellschaftliche Bewegung mit nichts anderem als wohlorganisierten Protesten einen autoritären Präsidenten zum Aufgeben, ja zur Flucht zwingen kann, zumal Janukovyč bis zuletzt über weit überlegene militärische Möglichkeiten verfügte. Aus der Sicht der Putin-Regierung ist dies jene Horrorvision, die schon einmal während der Orangen Revolution Ende 2004 aufgetaucht war, dass nämlich die Gesellschaft einen Präsidenten absetzt oder wie 2004 verhindert, dass er nach gefälschten Wahlen sein Amt antritt. Auch die außenpolitische Erfahrung Putins stand im Widerspruch dazu, dass ein etablierter Präsident aufgibt. Schließlich stützt Russland den syrischen Präsidenten Assad, der sich mit uneingeschränkter Gewalt seit drei Jahren in seinem Land an der Macht hält.

Nach Überwindung des Schocks gelangte die Putin-Führung offenbar sehr schnell zu der Überzeugung, dass der Umbruch in Kiew keinesfalls hingenommen werden könne, vielmehr massive Gegenmaßnahmen notwendig seien. Die neue Führung in der Ukraine wurde als illegitim bezeichnet, und zunächst verweigerte die russische Regierung jeglichen Kontakt. Darüber hinaus wurde die Propaganda massiv hochgefahren: In Kiew habe eine „Junta“ von „Faschisten“ die Macht an sich gerissen; sie bedrohe „die Russen“ im Land und schließlich auch das ukrainische Volk, das Russland jetzt gegen die Faschisten und SS-Leute verteidigen müsse: „Putin setzt den Großen Vaterländischen Krieg fort“, wie der oppositionelle russische Duma-Abgeordnete Il’ja Ponomarev sarkastisch formulierte.⁴⁴

Das Ziel der russischen Politik besteht offenbar darin, den Machtwechsel in Kiew rückgängig zu machen; allerdings hat der Kreml nach dem Verlust von Janukovyč bislang keinen geeigneten Kandidaten gefunden; eine Rückführung des abgesetzten Präsidenten in die Ukraine dürfte auch aus Moskauer Sicht keine Chance haben. So konzentrierte sich Moskau zunächst auf zwei Felder: die Annexion der Krim und die Destabilisierung des Ostens und Südens der Ukraine. Während die Beziehungen zu Russland immer stärker kriegsähnlichen Charakter annahmen, entwickelte die neue Regierung in Kiew enge Kontakte und eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit der EU und den USA. Das fand auch in zahlreichen Besuchen hochrangiger Politiker Ausdruck.

⁴⁴ *Ėkonomičeskie izvestija*, 25.4.2014, <http://news.eizvestia.com/news_politics/full/821-putin-prodolzhaet-otechestvennyu-voynu-deputat-gosdumy-rasskazal-kakim-prezidentavidyat-rossijskoe-telezritelu>.

Niemals zuvor war die Ukraine oder ein anderes Land im ehemaligen sowjetischen Machtbereich einer solchen Zerreißprobe ausgesetzt gewesen. Am 21. Mr wurde in Brüssel das Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet; der politische Teil trat sofort in Kraft, er sieht einen vertieften politischen Dialog und enge Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik vor. Der handelspolitische Teil des Abkommens soll nach Neuwahlen in der Ukraine in Kraft gesetzt werden. Um das Land ökonomisch beim Export zu unterstützen, öffnete die EU einseitig ihre Märkte für ukrainische Waren. Mit dem Assoziierungsabkommen kehrte die Ukraine auf den Weg der Integration nach Europa zurück und erfüllte damit eine zentrale Forderung des Majdan.

Natürlich sehen die neue Regierung und ihre Anhänger in diesem Abkommen nur einen Zwischenschritt. Das Ziel heißt: volle Mitgliedschaft in der EU. Angesichts der kritischen Situation ist die EU inzwischen bereit, von ihrer früheren abweisenden Position abzurücken und der Ukraine ebenso wie den anderen Mitgliedern der östlichen Partnerschaft das Recht zur Beantragung der Mitgliedschaft einzuräumen. Das Assoziierungsabkommen ist „kein Endziel in den Beziehungen mit der EU“, heißt es in einem Beschluss des Europaparlaments vom 17. April.⁴⁵ Erweiterungskommissar Stefan Fle sprach von „der beispiellosen wirkungsvollen und stabilisierenden Kraft“, die von einer Beitrittsperspektive ausgeht.⁴⁶ In der Ukraine tritt seit geraumer Zeit eine klare Mehrheit der Bevölkerung für einen Beitritt des Landes zur EU ein: Nach einer Umfrage des renommierten Razumkov-Zentrums im April 2014 würden bei einem Referendum 59 Prozent der Abstimmenden für einen Beitritt zur EU votieren, 23 Prozent für einen Beitritt zur Zollunion mit Russland.⁴⁷

Zur Abwendung eines Staatsbankrotts und zur Durchführung von Wirtschaftsreformen ist die Ukraine auf internationale Hilfe angewiesen. Im Gegensatz zur Vorgänger-Regierung nahm die neue Macht umgehend Verhandlungen mit dem IWF auf und akzeptierte die teilweise schmerzhaften Konditionen für die Kreditgewährung, u.a. die Erhöhung der Energiepreise für die Bevölkerung. Der IWF gewährte der Ukraine am 30. April einen Stand-by-Kredit in der Gesamthöhe von 17 Mrd. Dollar. Ende April plante das Finanzministerium für 2014 den Einsatz von drei Mrd. Dollar aus der ersten Tranche dieses Kredites. Hinzu kamen eine Mrd. Dollar Kredit von Seiten der USA, 2,7 Mrd. Dollar von Seiten der EU, eine Mrd. Dollar Kredit der Weltbank sowie eine Mrd. Dollar in Euroobligationen.⁴⁸

Ein anderes schwerwiegendes innenpolitisches Problem ist der Umgang mit dem revolutionären Erbe des Euromajdan: In der Endphase der Protestbewegung entstanden die Hundertschaften der Selbstverteidigung, daneben bewaffneten sich unabhängige Gruppen wie der *Rechte Sektor*. Der Feind waren bis zum 21. Februar die Polizei, die Truppen des Innenministeriums und insbesondere die Sondereinheiten wie Berkut. Jetzt aber brauchte die neue Macht die bewaffneten Kräfte, vor allem im Osten des Landes, wo die politischen Demonstrationen von Anfang an von Gewalttätigkeiten

⁴⁵ V Ukrajin je ans staty lenom JeS – Jevroparlament, <www.pravda.com.ua/news/2014/04/17/7022828/>.

⁴⁶ Fjule zaproponuvav pryjnjaty Ukrajinu v Jevrosojuz, <www.pravda.com.ua/news/2014/03/18/7019360/>.

⁴⁷ Bil'ist' ukrajinciv za jedynu deravnu movu, evropjs'kyj vybir, <www.razumkov.org.ua/ukr/news.php?news_id=466>.

⁴⁸ Ukrajina oformyt' astynu boru za novym stand-by z MV vekseljamy, <www.epravda.com.ua/news/2014/04/25/445068/>.

begleitet waren. Die Polizei in den Gebieten Donec'k und Luhans'k erwies sich als illoyal gegenüber der neuen Regierung in Kiew. Sie hatte unter Janukovyč im Auftrag der örtlichen Machthaber die schwachen lokalen Euromajdan-Demonstrationen auseinandergetrieben und die Antimajdan Aufmärsche geschützt. Jetzt sollte sie umgekehrt die immer größer werdenden Antimajdan-Demonstrationen und Hausbesetzungen verhindern. Faktisch war die Polizei in den Monaten März und April bei den zunehmenden politischen Unruhen im Osten der Ukraine weitgehend abwesend, mit der Konsequenz, dass eine relativ geringe Zahl von Separatisten und gewalttätigen Anti-Kiew-Aktivisten große Wirkung entfalten konnte.

In Kiew entstand ein anderes Problem: Hier ging es um die Räumung der öffentlichen Gebäude im Stadtzentrum, die von den Majdan-Aktivisten nur zögerlich freigegeben wurden, vor allem aber um die Entwaffnung irregulärer Milizen.⁴⁹ Zwar forderten der Innenminister und der SBU-Chef wiederholt und ultimativ alle auf, nicht registrierte Waffen abzuliefern, aber vor dem Hintergrund anhaltender politischer Gewalt im Osten und der drohenden russischen Invasion wurden solche Appelle nur begrenzt befolgt. Der *Rechte Sektor* widersetzte sich offen der Entwaffnung. Ein wichtiger Schritt war die Gründung der Nationalgarde, in die ein Teil der Selbstverteidigungseinheiten eingliedert wurde. Die Nationalgarde sollte zunächst 20 000 Mann umfassen.⁵⁰

Die kriegsähnlichen Beziehungen zu Russland verlangten, an erster Stelle Sicherheitsinteressen zu berücksichtigen und alle Kräfte auf die Verteidigung zu konzentrieren. Die allseits geforderte Lustration erwies sich angesichts der Kriegsgefahr in vielen Fällen als unrealistisch. Die neue Macht war vielmehr auf die Zusammenarbeit auch mit dem Big Business angewiesen, vorausgesetzt deren Vertreter waren der neuen Macht gegenüber loyal. So wurden zwei Oligarchen zu Gouverneuren im Osten ernannt, wo sie zu Hause sind: Ihor Kolomojs'kyj wurde Gouverneur in Dnipropetrovs'k und Serhij Taruta in Donec'k.⁵¹ Auch bei anderen Personalentscheidungen ging die neue Regierung Kompromisse ein und zog sich entsprechende Kritik aus den eigenen Reihen zu, weil alte Seilschaften bestehen blieben. So war die neue Regierung bereit, mit führenden Funktionären der Partei der Regionen zusammenzuarbeiten, wie dem Bürgermeister von Charkiv Gennadij Kernes, wenn sie zur Stabilisierung im Osten des Landes beitrugen und sich gegen Separatismus wandten.

Zwar wurden nach dem Ende des Janukovyč-Regimes Strafverfahren gegen den ehemaligen Präsidenten und seine engste Umgebung wegen Korruption und Geldwäsche eingeleitet, aber die strukturellen Voraussetzungen für Korruption im Machtapparat blieben bestehen. Die Anti-Korruptionsgesetze wurden im Parlament verschleppt. Die Regierung ernannte zwar Tetjana Čornovol, die sich als investigative Journalistin Verdienste im Kampf gegen Korruption erworben hatte, zur Regierungsbeauftragten für Korruptionsbekämpfung, aber sie konnte ihre Arbeit nicht aufnehmen: „Ich wurde zur Leiterin einer Struktur ernannt, die es nicht gibt“, sagte sie in einem Interview Ende April.⁵²

⁴⁹ Der ewige Majdan. FAZ, 24.3.2014.

⁵⁰ Rada stvoryla Nacional'nu hvardiju, <www.pravda.com.ua/news/2014/03/13/7018610/>.

⁵¹ Kolomojs'kyj i Taruta staly gubernatoramy, <www.pravda.com.ua/news/2014/03/2/7017093/>. Zu Kolomojs'kyj und Taruta siehe den Beitrag von Iryna Solonenko in diesem Band, S. 197–216.

⁵² Korupcijnij schemy Janukovyča dosi dijut' za inercijeju – Tetjana Čornovol, <www.radiosvoboda.org/content/article/25365352.html>.



Kiev, Dezember 2013



Kiev, Februar 2014



Simferopol', Februar 2014 (Das Blut auf dem Majdan ist die Schuld der Extremisten)



Simferopol', März 2014 (Am 16. März wählen wir. Entweder ... oder ...)



Donec'k, März 2014



Donec'k, April 2014



Charkiv, April 2014



Odessa, Mai 2014



Slovjans'k, Mai 2014



Slov'jans'k, Mai 2014

Trotz der berechtigten Kritik an manchen Halbheiten der neuen Regierung ist festzuhalten, dass es ihr in zwei Monaten gelang, erstens die außenpolitischen Beziehungen zum Westen auf eine erfolgreiche Basis zu stellen und zweitens die Lage in der West- und der Zentralukraine zu stabilisieren. Zwar versuchten Provokateure mehrfach, in Kiew politische Randalen gegen das Parlament und die Regierung zu initiieren, hatten damit aber keinen Erfolg; in der Stadt konnte sogar am 26. April ein Marathonlauf erfolgreich veranstaltet werden.

Ganz anders stellte sich die Lage in den „Verlierer“-Regionen dar, deren Vertreter, von Janukovyč angefangen bis zu den zahlreichen von ihm ernannten Provinzfunktionären, bis Ende Februar die Ukraine regiert hatten. Die Krim wurde in der ersten Märzhälfte handstreichartig von Russland annektiert, und im Osten, vorab in den Gebieten Donec'k und Luhans'k, erreichte die Destabilisierung ein erhebliches Ausmaß, so dass die neue Regierung diese beiden Gebiete nur sehr eingeschränkt kontrollierte, wie Übergangspräsident Turčynov Ende April feststellte.⁵³ Die neue ukrainische Regierung musste sich also vom ersten Tag an gegen die erbitterte Feindschaft Russlands zur Wehr setzen, das mit einem raffinierten Instrumentarium verdeckter und offener Aggression gezielt daran ging, den Machtwechsel in Kiew rückgängig zu machen.

Die Putin-Doktrin

Die Putin-Führung rechtfertigte ihre Politik mit geopolitischen und historischen Argumenten und bestritt der Ukraine das Recht auf Selbstbestimmung, auf einen eigenen Weg, einen anderen Weg als Russland und ohne Russland. Russland und die Ukraine seien nicht nur nahe historische Nachbarn, sagte Putin in seiner Rede vor beiden Kammern des russischen Parlaments am 18. März aus Anlass der Aufnahme der Krim und Sevastopol's in den Staatsverband der Russländischen Föderation,

sondern faktisch sind wir, das habe ich schon mehrfach betont, ein Volk. Kiew ist die Mutter der russischen Städte. Die Alte Rus' ist unser gemeinsamer Ursprung, wir gehören nun mal zusammen.⁵⁴

Russlands Präsident nimmt also für sich das Recht in Anspruch festzustellen, dass Ukrainer und Russen ein Volk seien, ohne die Ukrainer zu fragen. Dies ist ein typisches Merkmal imperialer Mentalität und Weltsicht: Die Imperialmacht legt fest, wer welche Rolle hat. Selbstbestimmung gilt demgegenüber als revolutionäres Prinzip, das ein Imperium gefährdet. Dies war seit dem 19. Jahrhundert die Einstellung der russischen imperialen Eliten und des Russländischen Reiches. Wie im 19. Jahrhundert wird die ukrainische Nationalbewegung, ja die Existenz einer ukrainischen Nation geleugnet.

⁵³ Turčynov ziznavsja, ščo ne može kontroljuvaty sytuaciju v dvoch oblastjach, <www.pravda.com.ua/news/2014/04/30/7024030/>.

⁵⁴ Rede des russländischen Präsidenten Vladimir Putin am 18.3.2014 im Kreml, <<http://kremlin.ru/transcripts/20603>>; in deutscher Übersetzung dokumentiert in diesem Band, S. 87–99.

Dies ist sogar gegenüber der bolschewistischen Nationalitätentheorie und Praxis ein Rückschritt, wie Putin unumwunden erklärt. In zarischer Zeit habe der Süden und Osten der Ukraine „Neu-Russland“ geheißen. In einem Fernsehgespräch am 17. April 2014 führte Putin aus:

Charkiv, Luhans'k, Donec'k, Cherson, Mykolajiv, Odessa gehörten in zarischer Zeit nicht zur Ukraine. Diese ganzen Territorien wurden ihr in den 1920er Jahren von der sowjetischen Regierung zugeschlagen, warum die das taten, das weiß der liebe Himmel.⁵⁵

Tatsächlich gab es im Zarenreich überhaupt keine „Ukraine“ als administrativ-territoriale Einheit. Die zarische Regierung hatte so viel Angst vor der ukrainischen Nationalbewegung, dass sie in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts alle ukrainischen Schulen und den Druck von ukrainischen Büchern verbot; ebenso war der Begriff Ukraine im offiziellen Sprachgebrauch untersagt. Vor diesem Hintergrund war die Konstituierung der Sowjetukraine tatsächlich ein Schritt nach vorn auf dem Weg der ukrainischen Nationsbildung, die Präsident Putin jetzt in Frage stellt, wenn er den Süden und Osten des Landes für Russland reklamiert.

Demgegenüber sei daran erinnert, dass die ethnischen Ukrainer in allen Gebieten der Ukraine – außer auf der Krim – bereits in sowjetischer Zeit eine deutliche Bevölkerungsmehrheit waren und bis heute sind. Bei dem Referendum über die Unabhängigkeit von der Sowjetunion am 1. Dezember 1991 votierten in den Gebieten Donec'k und Luhans'k 84 Prozent der Wähler mit „Ja“; in der Ukraine insgesamt waren es 90 Prozent.⁵⁶

In der Ukraine leben „Millionen russische Menschen, russischsprachige Bürger. [. . .] Ihre Interessen wird Russland immer verteidigen“, sagte Putin am 18. März.⁵⁷ Dabei wird in der russischen Propaganda verschwiegen, dass es sich durchgängig um ukrainische Staatsbürger handelt. Eine militärische Intervention zu deren „Schutz“, wie sie sich der russische Präsident in einer Blankovollmacht von seinem Parlament am 1. März genehmigen ließ, verstößt nicht nur gegen nationales und internationales Recht. Dies stellt den Frieden in Europa generell in Frage und kündigt den Konsens über das Zusammenleben der Völker und Staaten auf. Denn „russische Menschen“ leben in zahlreichen Ländern auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion und jenseits davon, einschließlich Deutschlands. In seiner Ein-Volk-Rhetorik wandte sich Putin ausdrücklich an die Deutschen, deren Wunsch nach „nationaler Einheit“ Russland seinerzeit unterstützt habe. Er rechne darauf,

dass die Menschen in Deutschland ihrerseits auch das Streben der russischen Welt, des historischen Russland nach Wiederherstellung seiner Einheit unterstützen.⁵⁸

⁵⁵ Putin zajaviv, ščo choče harantij dlja „meškanciv Novorosiji“, <www.pravda.com.ua/news/2014/04/17/7022779/>.

⁵⁶ Taras Kuzio, Andrew Wilson: Ukraine: Perestroika to Independence. Houndmills 1994, S. 30, 189.

⁵⁷ Rede des russländischen Präsidenten [Fn. 54], hier S. 95.

⁵⁸ Ebd.

„Russische Welt“ (russkij mir) ist der postsowjetische Begriff für die Gesamtheit aller Russen, unabhängig von deren Staatsbürgerschaft und subjektiver Wahrnehmung einer Zugehörigkeit. Das „historische Russland“ weist eindeutig über die Grenzen der Russländischen Föderation von heute hinaus und kann sowohl die Wiederherstellung der Sowjetunion als auch des Russländischen Reiches oder eines Teiles davon meinen. Vertreter dieser neoimperialen Position nehmen die Ukraine für das „historische Russland“ in Anspruch. In jedem Fall ist dies eine Anti-Status-quo-Rhetorik; sie stellt insbesondere deshalb eine Bedrohung dar, weil den Worten auch Taten folgen.

Seit dem Sturz von Janukovyč gewinnt die Putin-Doktrin der eingeschränkten Souveränität Konturen. Sie besagt, dass die Ukraine und die anderen Nachfolgestaaten auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion – vielleicht mit Ausnahme der baltischen Staaten – nicht das Recht haben, unabhängig von Russland ihren Weg in die Zukunft zu gehen und sich Bündnissen anzuschließen, die Russland als gegen sich gerichtet wahrnimmt. Wie die Brežnev-Doktrin der eingeschränkten Souveränität, die nach dem Prager Frühling von 1968 entwickelt wurde, den Staaten des Warschauer Paktes nicht erlaubte, den Hegemonialbereich der Sowjetunion zu verlassen, so beschränkt die Putin-Doktrin die Selbstbestimmung der ehemaligen Republiken der Sowjetunion. Allerdings legt diese Analogie auch nahe, dass die Wirksamkeit einer Doktrin begrenzt ist.

Annexion der Krim durch Russland

Die Putin-Führung weiß einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung Russlands hinter sich, wenn sie die Ukraine in ihren heutigen Grenzen nicht anerkennt und sich generell weigert, die Ukraine als „normales“ Ausland wahrzunehmen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 folgten Jahre scharfer Konflikte zwischen dem neuen Russland und der neuen Ukraine. Erst im Mai 1997 kam es zum Abschluss eines Vertrages über Freundschaft und Kooperation, der auch die völkerrechtliche Anerkennung der Grenzen einschloss. Zwischen 1992 und 1996 unterstützte Russland die separatistischen Bewegungen auf der Krim. Das russische Parlament verabschiedete wiederholt Resolutionen, wonach Sevastopol eine Stadt in Russland sei, und es erklärte mehrfach die Übertragung der Krim an die Ukraine im Jahr 1954 für unrechtmäßig und nichtig.⁵⁹ Der Unterschied zur gegenwärtigen Entwicklung besteht darin, dass der damalige Präsident Boris El'cin die Parlamentsbeschlüsse ignorierte oder mit einem Veto belegte, sein Nachfolger Putin aber im Gegenteil die treibende Kraft bei der Annexion war.

Unmittelbar mit dem Zusammenbruch des Janukovyč-Regimes begannen auf der Krim massive Absetzbewegungen von Kiew. Am 20. Februar erklärte der Vorsitzende des Regionalparlaments der Krim Vladimir Konstantinov in Moskau, wenn die Regierung in Kiew sich den Demonstranten auf dem Majdan beuge, dann müsse die Eingliederung der Krim in die Ukraine von 1954 rückgängig gemacht und die Krim wieder ein Teil Russlands werden.⁶⁰ Bereits am 24. Februar wurde bei einer Demonstration in

⁵⁹ Gerhard Simon: Rußland: Hegemon in Eurasien? In: OSTEUROPA, 5/1994, S. 411–429, hier S. 417–419. – Gwendolyn Sasse: The Crimea Question. Identity, Transition, and Conflict, Cambridge, Mass. 2007, S. 228–237.

⁶⁰ Wünsche und Nichtwünsche. FAZ, 22.2.2014.

Sevastopol' der Bürgermeister für abgesetzt erklärt und die Menge „wählte“ durch Handheben einen „Volksbürgermeister“. Am Tag darauf blockierten einige hundert prorussische Aktivisten das Parlamentsgebäude in Simferopol' und verlangten ein Referendum über die Unabhängigkeit und den Anschluss an Russland.

Am 27. Februar besetzten unbekannte, schwerbewaffnete Soldaten das Parlament und das Gebäude der Regionalregierung in Simferopol', und unter ihrem „Schutz“ wurde der Umsturz inszeniert, von dem oben bereits die Rede war. Die Regionalregierung wurde abgesetzt, neuer Ministerpräsident wurde Serhij Aks'onov von der Kleinstpartei *Russkoe edinstvo* (Russische Einheit). Auf dem Parlamentsgebäude wurde die russische Flagge gehisst. Für den 25. Mai setzte das Parlament ein Referendum über die Erweiterung der Vollmachten der Autonomen Republik Krim an.⁶¹ Später wurde der Zeitpunkt vorgezogen und die Fragestellung radikalisiert.

Diese Vorgänge der ersten Tage zeigten ein Muster, das sich danach vielfach, wenn auch modifiziert wiederholte. Die Amtsinhaber, die auf der Krim und im Osten in aller Regel aus der Janukovyč-Partei der Regionen kamen, wurden abgesetzt. An ihre Stelle traten „Volksbürgermeister“ oder „Volksgouverneure“. Qua Akklamationen und Demonstrationen beriefen sich die neuen Machthaber ständig auf das „Volk“ und suggerierten so die Existenz einer Massenbasis. Die Berufung auf den „legitimen Präsidenten“ Janukovyč blieb weitgehend rhetorisch. Die Funktionäre des alten Regimes wurden vielmehr durch neue radikale Männer ersetzt, die nur eine marginale Basis in der Bevölkerung hatten und auf militärische Unterstützung von außen angewiesen waren.

Ab 28. Februar begann die militärische Okkupation der Krim durch unbekannte, bewaffnete Männer, die bald im Volksmund die Bezeichnung „grüne Männchen“ erhielten. Sie trugen keine Hoheits- oder Rangabzeichen, verweigerten Kontakte, agierten aber wie gut ausgebildete, erfahrene militärische Formationen. Sie besetzten zuerst die Flughäfen und konzentrierten sich dann auf militärische Einrichtungen der ukrainischen Armee und Flotte, die blockiert wurden. Die bedrängten ukrainischen Soldaten hatten keinen Schießbefehl. Auch die Soldaten aus Russland schossen nicht, forderten aber die Übergabe und den Abzug oder boten den ukrainischen Soldaten an überzutreten.

Am 2. März trat der Befehlshaber der ukrainischen Marinetruppen auf der Krim Denys Berezovs'kyj auf die russische Seite über, dafür wurde er später mit dem Posten eines stellvertretenden Verteidigungsministers belohnt. Am 11. März befanden sich nach ukrainischen Angaben etwa 19 000 russische Soldaten auf der Krim im Einsatz, davon waren 11 400 Angehörige der russischen Schwarzmeerflotte. 7400 Mann gehörten zu aus Russland verlegte Spezialeinheiten; später wuchs ihre Zahl weiter.⁶²

Dieser „unerklärte Krieg“ hatte seine Besonderheiten: Es wurde nicht geschossen, aber es gab einen Sieger – nämlich Russland. Dabei leugnete Russland, dass es sich um seine Soldaten handelte, vielmehr seien das Kräfte der „Selbstverteidigung“ des „Volkes“ der Krim. Putin gab erst am 17. April in einem TV Gespräch mit lässiger Geste zu, dass „hinter den Kräften der Selbstverteidigung der Krim natürlich unsere

⁶¹ Parlament Krymu pryznačyv referendum i roznjav urjad, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/27/7016540/>.

⁶² MZS: u Krymu za najskromnišymy pidrachunkamy – 19 tysjač rosijskych vijs'kovych, <www.pravda.com.ua/news/2014/03/11/7018407/>.

Soldaten standen“.⁶³ Tatsächlich handelte es sich auf der Krim um eine großangelegte Geheimdienstoperation, die es in diesem Umfang niemals zuvor gegeben hatte. Koordiniert wurde sie – nach allem, was bekannt geworden ist – vom Militärgeheimdienst, der Hauptverwaltung für Aufklärung des Generalstabs der Streitkräfte der Russländischen Föderation (*Glavnoe razvedyvatel'noe upravlenie General'nogo štaba, GRU*). Einerseits bestritt Russlands Führung zunächst die militärische Intervention auf der Krim, andererseits ließ sich Putin am 1. März vom Föderationsrat des Parlaments „angesichts der außerordentlichen Situation, die in der Ukraine entstanden ist“, die Vollmacht erteilen,

die Streitkräfte der Russländischen Föderation auf dem Territorium der Ukraine einzusetzen bis zur Normalisierung der gesellschaftspolitischen Situation in diesem Land.⁶⁴

Dieser Blankoscheck sieht weder eine zeitliche noch eine territoriale oder größtmäßige Begrenzung für eine Invasion in der Ukraine vor; er gilt bis heute.

Nach der Besetzung aller Schlüsselpositionen auf der Krim und nachdem die russländischen Streitkräfte sicher waren, dass das ukrainische Militär nicht schießen würde, wurden in größter Eile politische Tatsachen geschaffen. Am 11. März erklärte das Krim-Parlament die Unabhängigkeit der Halbinsel, wobei die Selbständigkeit nicht das Ziel, sondern lediglich der Weg zum Anschluss an die Russländische Föderation war. Das zweimal vorverlegte Referendum wurde schließlich am 16. März abgehalten. Die Abstimmenden sollten entscheiden, ob sie für „die Wiedervereinigung der Krim mit Russland“ sind oder für die Wiederherstellung der Krim-Verfassung von 1992 und den „Status der Krim als Teil der Ukraine“.⁶⁵ Nach dem offiziellen Ergebnis stimmten 96,77 Prozent der Abstimmenden für den Anschluss an Russland; die Wahlbeteiligung wurde mit 83,1 Prozent angegeben.⁶⁶ Sind diese Ergebnisse glaubwürdig? War das Referendum frei und fair?

Aus einer Reihe von Gründen lautet die Antwort jeweils nein. Dass die Abstimmung mit einer derartigen Hektik durchgepeitscht wurde, erlaubt den Schluss, dass die Organisatoren ihrer Sache nicht sicher waren und verhindern wollten, dass die Gegner sich organisieren. So konnte eine öffentliche Debatte über das Referendum nicht stattfinden. Die Gegner hatten keine öffentliche Stimme. Es gab keine internationalen Wahlbeobachter. Aber zahlreiche einzelne Beobachter berichteten davon, dass auch russländische Staatsbürger abstimmten, dass generell keine angemessene Überprüfung der Wähler auf ihre Wahlberechtigung stattfand. Die größte Organisation der Krimtataren, *Medžlis*, rief zum Wahlboykott auf; etwa zwölf Prozent der Bevölkerung sind Krimtataren.

Die beiden wichtigsten Argumente für eine massive Fälschung der Wahlergebnisse lauten: Erstens, diese Ergebnisse widersprechen den jahrelangen Umfragewerten, und zweitens, die Wahlbeteiligung von 83,1 Prozent wird auch von seriösen Fachleuten

⁶³ Putin vperše vyznav, ščo „zeleni čolovičky“ – jogo vijs'kovi, <www.pravda.com.ua/news/2014/04/17/7022770/>.

⁶⁴ Ob ispol'zovanii Vooružennyh Sil Rossijskoj Federacii na territorii Ukrainy, <<http://council.gov.ru/activity/legislation/decisions/39979>>.

⁶⁵ Parlament Kryma prinjal postanovlenie „O provedenii obščekrymskogo referendum“, <www.rada.crimea.ua/news/06_03_2014_1>.

⁶⁶ Machthaber auf der Krim: 96,77 Prozent für den Anschluss. FAZ, 18.3.2014.

aus Russland bestritten. Ukrainische und internationale soziologische Institute haben regelmäßig die Bewohner der Krim daraufhin befragt, ob sie den Anschluss an Russland wünschen. In den zurückliegenden drei Jahren kamen die Umfragen auf Werte zwischen 53 Prozent und 23 Prozent der Wahlberechtigten, die sich für einen Anschluss an Russland aussprachen. Zuletzt stellte das renommierte Kiewer Internationale Institut für Soziologie (KMIS) im Februar 2014 fest, 41 Prozent der wahlberechtigten Bürger der Krim traten für einen Anschluss an Russland ein.⁶⁷

Zweitens, nach Angaben von Mitgliedern des „Rates für Fragen der Entwicklung der Bürgergesellschaft und der Menschenrechte beim Präsidenten der Russländischen Föderation“ betrug die Wahlbeteiligung am 16. März nur etwa 30 Prozent und nicht über 80 Prozent, wie das offizielle Ergebnis behauptet. Von ihnen – so die inzwischen gelöschten Informationen auf der Homepage des Rates – hätte nur etwa die Hälfte der Abstimmenden für den Anschluss votiert. Experten des Rates vertreten die Ansicht, in Sevastopol' habe es eine Mehrheit für den Anschluss gegeben, auf der übrigen Krim jedoch nicht.⁶⁸ Schließlich sei darauf verwiesen, dass auch Putin selbst davon sprach, dass dies Referendum besondere Vorkehrungen nötig gemacht habe. Es mussten nämlich die russischen Soldaten präsent sein, „anders war es unmöglich, das Referendum offen, ehrlich und würdig durchzuführen und den Leuten zu helfen, ihre Ansicht zum Ausdruck zu bringen“.⁶⁹

Nur zwei Tage nach dem Referendum fand in Moskau die feierliche Unterzeichnung des Vertrages über die Aufnahme der Krim und der Stadt Sevastopol' als zwei neue Subjekte in die Russländische Föderation statt; am 20. März ratifizierte die Duma diesen Vertrag. Damit war die Annexion besiegelt. Die USA und die EU verhängten Sanktionen gegen Russland wegen Bruchs des Völkerrechts. Der Europarat entzog Russland das Stimmrecht in seiner Parlamentarischen Versammlung.

Mobilisierung und Destabilisierung des Ostens

Der Osten und Süden der Ukraine hatten nur sehr begrenzt an der Protestbewegung des Euromajdan teilgenommen. In einigen Städten hatte es eine von den örtlichen Funktionären der Partei der Regionen initiierte Antimajdan-Bewegung gegeben. Aber zu einer massiven Mobilisierung gegen die Sieger des Majdan und die neue Regierung in Kiew kam es erst nach dem Sturz des Janukovyč-Regimes. Ähnlich wie auf der Krim ging sie nur teilweise von den örtlichen Funktionären der *Partei der Regionen* aus, manche Funktionäre wurden vielmehr von den Ereignissen überrollt. Ebenso wie auf der Krim wurden die Aktionen aus Russland gesteuert. Ob das Ziel der Intervention im „Anschluss“ des Ostens und Südens oder eines Teiles davon an Russland bestand, blieb offen. Möglicherweise ist das Ziel Moskaus vielmehr die Destabilisierung des Landes insgesamt, um so einen „failed state“ zu schaffen, der dann in die Abhängigkeit von Russland zurückgeführt werden kann.

⁶⁷ Podderžka žiteljami AR Krym idei prisoedinenija Kryma k RF, <<http://aillarionov.livejournal.com/661800.html>>.

⁶⁸ Rada pry Putini vyjavyla: lyše 15% krymčan holosuvaly za vstup u RF, <www.pravda.com.ua/news/2014/05/5/7024385/>.

⁶⁹ Putin in einem TV-Gespräch am 17.4.2014, zitiert nach: Putin vperše vyznav [Fn. 63].

Die Mobilisierung des Ostens begann Anfang März mit Großdemonstrationen in den Gebietshauptstädten, vorab in Donec'k, Luhans'k und Charkiv. Sie waren von Anfang an von Gewalt begleitet, so dass politisch motivierte Gewalt seither im Osten und Süden der Ukraine zu einer häufigen Erscheinung wurde. Die Gewalt ging in aller Regel von den prorussischen Aktivisten aus. Es sei daran erinnert, dass sowohl das Ende des Kommunismus wie auch die beiden Jahrzehnte danach in der Ukraine, anders als in vielen anderen Regionen des postsowjetischen Raums, weitgehend gewaltlos verliefen.

Am 1. März demonstrierten 20 000 Menschen mit prorussischen Parolen in Charkiv, besetzten das Gebäude der Gebietsverwaltung und vertrieben die Euromajdan-Demonstranten, die dort Zuflucht gesucht hatten; 138 Menschen wurden bei den Schlägereien verletzt. Auf dem Gebäude der Gebietsverwaltung wurde die russländische Fahne aufgezogen. In Donec'k „wählte“ die Menge Pavel Gubarev zum „Volks-Gouverneur“, der zum Sturz der Machthaber in Donec'k und in Kiew aufrief. Während im Osten die prorussischen Demonstranten zahlenmäßig klar in der Mehrheit waren, bot sich in Odessa das umgekehrte Bild: Auf dem Kulikovo-Feld – seit Wochen das Lager der Antimajdan Aktivisten – versammelten sich am 1. März etwa 2000 Menschen. Aber am Sonntag, 2. März, demonstrierten in der Innenstadt 30 000 Anhänger des Euromajdan.⁷⁰ Auch an den folgenden Wochenenden gingen bis zu 10 000 Menschen in den Gebietshauptstädten des Ostens mit prorussischen und anti-ukrainischen Slogans auf die Straßen. Mitte März waren bei Zusammenstößen zwischen prorussischen und proukrainischen Demonstranten, meist nach Ende der Demonstrationen, die ersten Todesopfer zu beklagen: In Donec'k und Charkiv starben jeweils zwei Menschen, Dutzende wurden verletzt.⁷¹

Die in Plakaten, Sprechchören und von den Rednertribünen artikulierten Forderungen der prorussischen Demonstranten blieben in den kommenden Wochen und Monaten weitgehend die gleichen: Nichtanerkennung der „faschistischen Junta“ in Kiew, „Föderalisierung“ der Ukraine sowie ein Referendum über die Souveränität des eigenen Gebietes. Die Demonstranten verlangten die Anerkennung des Russischen als zweiter Staatssprache. Von Anfang an gab es auch Hilferufe an das „brüderliche“ Russland, einschließlich Rufe nach einer militärischen Intervention.

Wie groß ist die Basis dieser Positionen und Aktionen in der Gesellschaft? Die Forderung nach gesetzlicher Verankerung des Russischen als zweiter Staatssprache ist im weitgehend russophonen Osten und Süden populär. Eine klare Mehrheit der Menschen benutzt Russisch als erste Sprache im Alltag.⁷² Das Janukovyč-Regime hatte dem Rechnung getragen und im Jahr 2012 ein Gesetz verabschiedet, das es den Gebieten und Gemeinden mit einer Minderheitenbevölkerung von mehr als zehn Prozent erlaubte, eine amtliche Zweisprachigkeit einzuführen. Große Teile des Südens und Ostens machten davon Gebrauch. Im revolutionären Eifer nach dem Sturz von Janukovyč hob die Verchovna Rada das Gesetz über die Regionalsprachen am 23. Februar

⁷⁰ Raznonaprvlennoe dvizhenie. Kommersant" Ukraina, 3.3.2014.

⁷¹ 2 pomyerly I blyz'ko 50 osib postrazhdaly u sutyčkach v Donec'ku, 14.3.2014, <www.pravda.com.ua/news/2014/03/14/7018716/>.

⁷² Joanna Fomina: Language, Identity, Politics – the Myth of two Ukraines. Gütersloh 2014 [= Bertelsmann Stiftung, Institute of Public Affairs], S. 6, <www.isp.org.pl/uploads/pdf/594958479.pdf>.

2014 auf. Das erwies sich als ein schwerer Fehler, denn nun war die Sprachenfrage politisch aufgeladen und wurde zu einem Kampfinstrument, obwohl dieser Streit für den größten Teil der Bevölkerung nachrangig ist; denn fast alle Menschen können sowohl Ukrainisch als auch Russisch kommunizieren. Übergangspräsident Turčynov begrenzte den Schaden dadurch, dass er bereits am 28. Februar 2014 sein Veto gegen die Aufhebung des Sprachengesetzes einlegte; es ist also nach wie vor in Kraft.⁷³

Weder wird in der Ukraine die russische Sprache noch werden Sprecher des Russischen diskriminiert. In vielen Bereichen des öffentlichen Lebens hat die russische Sprache vielmehr eine dominierende Stellung, vom Buchmarkt über die Unterhaltungsindustrie bis zum Internet. Die Ombudsfrau des Parlaments für Menschenrechte Valeryja Lutkovs'ka stellte im März 2014 fest, dass es in den vergangenen Jahren keine Beschwerden wegen der Diskriminierung oder Verfolgung von russischsprechenden Bürgern gegeben habe, weder zu Händen der nationalen noch denen der internationalen Institutionen. Frau Lutkovs'ka gehörte zum Establishment des Janukovyč-Regimes.⁷⁴

Alle anderen Forderungen des Antimajdan – abgesehen von der nach Verankerung des Russischen als zweiter Staatssprache – sind nicht nur in der Ukraine insgesamt, sondern auch im Osten und Süden eine Minderheitenposition. Natürlich bedeutet das nicht, dass sie nicht durchsetzbar wären, wenn eine gut organisierte und von außen gesteuerte Minderheit ihre Realisierung erzwingt. Bei einer repräsentativen Befragung des Razumkov-Zentrums 2013 unterstützten lediglich 18 Prozent der Menschen im Süden und 23 Prozent im Osten eine Föderalisierung der Ukraine; 63 Prozent bzw. 53 Prozent waren dagegen. Noch geringer ist die Unterstützung für Separatismus und Anschluss an Russland. 14 Prozent der Befragten im Süden und zwölf Prozent im Osten sprachen sich 2013 für eine Abtrennung der südöstlichen Regionen und ihre Vereinigung mit Russland aus; 78 Prozent bzw. 74 Prozent waren dagegen.⁷⁵

Eine detaillierte Studie des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie vom April 2014 bestätigte im Wesentlichen diese Befunde. Darüber hinaus aber zeigte diese Studie, dass die öffentliche Meinung in den Gebieten Donec'k und Luhans'k sich deutlich von der Einstellung der Menschen in den anderen Gebieten des Osten und des Südens (Dnipropetrovs'k, Zaporizžja, Mykolajiv, Odessa, Charkiv, Cherson) unterscheidet. Der Südosten ist also hinsichtlich der politischen Einstellung der Bevölkerung keineswegs einheitlich, er hat sich in den vergangenen Jahren auseinanderentwickelt.⁷⁶ Nur in den Gebieten Donec'k und Luhans'k hält eine Mehrheit der Bevölkerung (70 Prozent bzw. 61 Prozent) den Sturz des Regimes Janukovyč für einen Staatsstreich, der mit Hilfe des Westens ins Werk gesetzt wurde. Deswegen

⁷³ Turčynov vetuje rišennja skasuvannja movnogo zakony – Kunicyn, <<http://ua.korrespondent.net/ukraine/politics/3313149-turchynov-vetuie-rishennia-proskasuvannia-movnoho-zakonu-kunitsyn>>.

⁷⁴ V Ukraine ne uščemljajutsja prava russkojazyčnych-pravozaščitniki, <<http://korrespondent.net/ukraine/politics/3314838-v-ukrayne-ne-uschemliuuitsia-prava-ruskoiazychnykh-pravozaschyt-nyky>>.

⁷⁵ Fomina, Language [Fn. 72], S. 13–14.

⁷⁶ Mnenija i vzgljady žitelej jugo-vostoka Ukrainy: april' 2014, <http://zn.ua/UKRAINE/mneniya-i-vzglyady-zhiteley-yugo-vostoka-ukrainy-april-2014-143598_.html>; – Pivdenного Schody bil' še nemaje, <www.pravda.com.ua/articles/2014/04/22/7023182/>. – Keine Mehrheit für die Separatisten. FAZ, 24.4.2014.

betrachtet hier mehr als die Hälfte der Menschen die neue Macht in Kiew als nicht legitim. Nur in diesen beiden Gebieten ist die knappe Hälfte der Befragten der Meinung, Janukovyč hätte den Majdan mit Gewalt auseinander jagen sollen.

Aber sogar hier lehnen die meisten eine gewaltsame Besetzung von Verwaltungsgebäuden durch die Separatisten ab, wie sie seit März 2014 an der Tagesordnung ist. Vor allem: Auch in Donec'k und Luhans'k ist Separatismus nicht konsensfähig. Lediglich 25 Prozent bis 30 Prozent der Menschen unterstützen ganz oder teilweise Bestrebungen, ihr Gebiet Russland anzuschließen. Nur 19 Prozent sind für den Einmarsch russischer Truppen; in Donec'k lehnen das Zweidrittel der Befragten ab, in Luhans'k sind es 53 Prozent. Auch der russischsprachige und russophile Donbass betrachtet sich also keineswegs als Teil Russlands oder strebt in Zukunft dorthin. Was also motivierte die Menschen, zu Tausenden auf die Straße zu gehen, „Volksgouverneuren“ zuzujubeln und russische Fahnen zu schwenken, manchmal sogar ukrainische zu verbrennen?

Der Donbass ist eine depressive Region. Viele Fabriken stehen still, Arbeitsplätze gingen verloren, der Kohlebergbau ist rückläufig. Die Region ist Subventionsempfänger aus dem gesamtstaatlichen Budget, obwohl sie im Selbstbewusstsein vieler Bewohner die Ukraine ernährt. Als goldene Zeit gilt die sowjetische Epoche, als die Kumpel viel Geld verdienten und die Läden angeblich voll waren. So haben Unzufriedenheit und Wut vor allem soziale Gründe – anders als in Kiew, wo der Majdan vor allem politisch motiviert war. Der Antimajdan lehnt sie alle ab: die lokalen korrupten Eliten, die alte und die neue Regierung in Kiew, die ukrainischen Nationalisten. Die Hoffnung wird auf Russland projiziert, wo die Menschen mehr verdienen und Stabilität herrscht. Das russische Fernsehen – zumeist die einzige Informationsquelle – zeigt die „faschistische“ Bedrohung durch die „Bandera-Leute“ und den „Rechten Sektor“, die – um es zugespitzt zu formulieren – mit der Waffe in der Hand das Volk zwingen, ukrainisch zu sprechen.

So ist der Donbass in vieler Hinsicht die Verliererregion. Nach dem Sturz des Janukovyč-Clans tat sich ein Vakuum auf, der Donbass blieb ohne „Herrn“. In dieses Vakuum stießen die wütenden Bürger und Proletarier vor; zum ersten Mal gibt es im Donbass eine Mobilisierung zumindest von einem Teil der Bevölkerung, die bisher passiv und sprachlos war. Die Führungspositionen rissen marginale politische Gruppen an sich, die es im Kern seit langem gab. Eine erhebliche Rolle spielten zweifelhafte Personen aus dem kriminellen Milieu; das erklärt die Brutalität gegenüber Gefangenen, die Folterungen und Morde. Diese Mobilisierung ist vor allem auch deshalb erfolgreich, weil sie von außen, von Russland politisch, materiell und personell unterstützt und gesteuert wird.

Anfang April begannen die prorussischen Demonstranten Verwaltungsgebäude auf Dauer zu besetzen und dort eine Art Pseudo-Majdan einzurichten. In Donec'k wurde das Gebäude der Gebietsverwaltung und in Luhans'k die Zentrale des Sicherheitsdienstes SBU zum permanenten Lager der prorussischen Demonstranten, deren Zahl bei den Demos an den Wochenenden rückläufig war.⁷⁷ Der Kommandeur der schwer bewaffneten Besetzer der Donec'ker Gebietsverwaltung gab freimütig zu, dass er Russe sei und aus Tula gekommen sei, „um dem Brudervolk zu helfen“.⁷⁸

⁷⁷ Deputatam DonODA daly čas do opivnoči: ne zberyt'sja – rozpustjat', <www.pravda.com.ua/news/2014/04/6/7021529/>.

⁷⁸ Žurnalist: Komandir separatistov, zachvativšich Doneckuju OGA, priechal iz Rossii, <<http://mytime.net.ua/news/2014/04/2014-04-11-31.html>>.

Die Gebäude wurden mit Sandsäcken und Autoreifen verbarrikadiert, auf dem Platz wurden Butterbrote geschmiert, es sollte alles so aussehen wie auf dem Majdan in Kiew. Weitere Besetzungen vor allem von Gebäuden der Justiz und der Polizei folgten, bei der Erstürmung wurden häufig Menschen verletzt. Auch außerhalb der Gebietshauptstädte wurden Verwaltungsgebäude mit Waffengewalt gestürmt; zu einer flächendeckenden Einnahme oder dauerhaften Übernahme der öffentlichen Verwaltung fehlten den Demonstranten allerdings bei weitem die Ressourcen.

Die Polizei war in der Regel nicht bereit oder fähig, Gebäudebesetzungen zu verhindern oder gar die Gebäude von Demonstranten zu räumen. Die mangelnde Loyalität der Polizei gegenüber der neuen Macht in Kiew war überhaupt ein wesentlicher Grund dafür, dass die Destabilisierung einen solchen Umfang annahm. Möglicherweise stand ein Teil der Polizei ihren Überzeugungen nach auf Seiten der prorussischen Demonstranten, vielleicht wurden Polizeibeamte bestochen.

Insgesamt war die Dynamik der Unruhen seit der zweiten Märzhälfte rückläufig. Dazu trug bei, dass in Charkiv die Lage deeskalierte. Das war unter anderem das Verdienst von Bürgermeister Gennadij Kernes, der ein separatistisches Referendum als verfassungswidrig strikt ablehnte. „Wir haben nicht das Recht, die staatliche Integrität zu verletzen. Charkiv war und wird ein Teil der Ukraine bleiben“, sagte er am 13. März und blieb auch später bei dieser Position.⁷⁹ Am 28. April wurde auf Kernes ein lebensgefährliches Attentat verübt. In der größten Stadt des Ostens hatte die Agitation für eigenmächtige Referenda kaum Chancen; es kam hier auch nicht zur permanenten Besetzung von Verwaltungsgebäuden durch Demonstranten. Sowohl das Regionalparlament von Charkiv wie auch der Bewerber um das Präsidentenamt bei der Wahl am 25. Mai von Seiten der Partei der Regionen Mychajlo Dobkin, der als Gouverneur von Charkiv von der neuen Macht abgesetzt worden war, sprachen sich gegen Föderalisierung und Separatismus aus.⁸⁰

Gerade weil die spontane Mobilisierung mehr und mehr an Dynamik verlor, veranlassten die Sponsoren aus Russland offenbar, eine neue Stufe der Eskalation einzuleiten. Das geschah auf zweifache Weise: Am 7. April wurde in Donec'k die „Volksrepublik Donec'k“ ausgerufen; die „Volksrepublik Luhans'k“ folgte wenig später. Die neuen Herren erklärten sich zur legitimen Macht und die derzeitigen Amtsinhaber für abgesetzt. Für den 11. Mai wurden Referenda über die staatliche Selbständigkeit der jeweiligen Gebiete anberaumt. Nach Augenzeugenberichten verlief die konstituierende Volksversammlung der „Volksrepublik Donec'k“ chaotisch, und die Unterstützung auf der Straße war in beiden Städten ausgesprochen dürftig.⁸¹

Eindrucksvoller und blutiger verlief seit dem 12. April die wohlorganisierte, aber verdeckte Intervention russischer Spezialeinheiten in das strategisch wichtige Gebiet nördlich von Donec'k mit der Stadt Slov'jans'k als Mittelpunkt. Der vielfach erwartete und gefürchtete massive Einmarsch regulärer russischer Truppen blieb dagegen vorerst aus. Seit Mitte März hatte Russland etwa 40 000 Mann „zu Manövern“ an der Grenze zur Ukraine zusammengezogen, die in hoher Alarmbereitschaft gehalten wurden. Am Abend des 12. April waren Einheiten des Militärgeheimdienstes GRU – die von der

⁷⁹ Vidvidavšy GPU, Kernes kynuvsja borotysja z separatysts'kym referendumom, <www.pravda.com.ua/news/2014/03/13/7018692/>.

⁸⁰ Char'kovskij oblsowet ne pojdet po puti krymskogo „Goblina“, <<http://ru.obkom.net.ua/news/2014-03-13/0922.shtml>>.

⁸¹ Kümmerliche Volksversammlung. FAZ, 9.4.2014. – Umkämpfte Erde. FAZ, 10.4.2014.

Krim bekannten „grünen Männchen“ – in sechs Städte eingedrungen (Slov’jans’k, Kramatorsk, Druživka, Gorlivka, Krasnoarmijs’k, Krasnyj Liman), besetzten Stadtverwaltungen, Polizeistationen oder Gebäude des SBU.⁸² Nicht überall konnten sie sich auf Dauer etablieren, aber die 120 000 Einwohner zählende Stadt Slov’jans’k blieb wochenlang in der Hand der aus Russland gesteuerten, mit schweren Waffen ausgerüsteten Terroristen. Sie gaben sich als „Volkssturm“ (narodnoe opolčenie) im Namen der „Volksrepublik Donec’k“ aus. Als ihr Sprecher trat regelmäßig „Volksbürgermeister“ Vjačeslav Ponomarev auf, teilweise auch vor internationalen Pressevertretern. Militärischer Befehlshaber war GRU-Oberst Igor’ Girkin (alias Strelkov), der wie manche anderen Kämpfer von der Krim eingeschleust worden war, wo er bereits an verantwortlicher Stelle die Annexion mit vorbereitet hatte.⁸³ Die Besatzer warben Einheimische an, errichteten ein Willkürregime in der Stadt und ermordeten mehrere Menschen, darunter den Abgeordneten des Stadtrates von Gorlivka, Volodymyr Rybak.⁸⁴ Prominente Geiseln waren die Militärinspektoren der OSZE, die sich vom 25. April bis 3. Mai in der Hand der Terroristen befanden.⁸⁵

Das ukrainische Innenministerium teilte Mitte April mit, dass mehr als 1000, zumeist bewaffnete Personen Gebäude in verschiedenen Städten besetzt hielten, die meisten von ihnen waren einheimische prorussische Aktivisten. In manchen Orten konnten die Stadtverwaltungen trotz der Besetzung ihre Tätigkeit fortsetzen. Neben Slov’jans’k gab es Gebäudebesetzungen in Donec’k, Gorlivka, Kramatorsk, Luhans’k, Jenakijeve, Mariupol’ und Makijivka.⁸⁶

Kiew reagierte auf die militärische Intervention mit einer großangelegten Anti-Terror-Operation (ATO), bei der außer der Armee auch die neu aufgestellte Nationalgarde und Verbände des Innenministeriums eingesetzt wurden. Diese militärische Operation richtete sich gegen die bewaffneten Formationen in Slov’jans’k und den anderen Orten, nicht gegen die Besetzer von Verwaltungsgebäuden, d.h. nicht gegen den Antimajdan in Donec’k und Luhans’k. Die ATO kam nur schleppend voran. Die Soldaten hatten einen sehr eingeschränkten Schießbefehl; es sollten unter allen Umständen zivile Opfer vermieden werden. Zudem machten sich die schlechte Ausrüstung und der geringe Ausbildungsstand der Nationalgarde bemerkbar. Es gab Verletzte und Tote auf beiden Seiten, und die Präsenz von ukrainischen Schützenpanzern in manchen Städten und auf Landstraßen verschärfte Ressentiments und Hass gegen Kiew bei jenen, die die neue Macht ohnehin ablehnten.

Andererseits formierten sich wegen der fortdauernden Bedrohung durch bewaffnete prorussische Separatisten und wegen der Unzuverlässigkeit der Polizei in manchen Gebieten außerhalb des Donbass ukrainische Selbstverteidigungseinheiten, um die Anti-Terror-Aktion zu flankieren. Besonders effizient waren die vom „Stab der nationalen Verteidigung“ in Dnipropetrovs’k koordinierten Bürgerwehren; sie wurden von

⁸² Geografija i chronika zachvata separatistami Donbassa, <http://lb.ua/news/2014/04/12/262930_geografiya_hronika_zahvata.html>.

⁸³ SBU ustanovila pričastnost’ polkovnika GRU Strelkova k počiščeniju predstavitelej OBSE, <<http://comments.ua/politics/465426-sbu-ustanovila-prichastnost-polkovnika.html>>.

⁸⁴ Rasskaz svidetel’nicy iz Slavjanska: vse kak pod okkupaciej nacistov vremen VOV, <<http://eizvestija.com/print/?printajax=4352950>>. – Briginec: počiščennyj v Gorlovke deputat najden mertvym, <<http://ukranews.com/ru/news/events/2014/04/22/120868>>.

⁸⁵ Geiseln der Situation. FAZ, 28.4.2014.

⁸⁶ MVS pidrachovalo kil’kist’ separatystiv i zachoplenych budivel’, <www.pravda.com.ua/news/2014/04/23/7023378/>.

Gouverneur Igor Kolomojs'kyj und anderen Geschäftsleuten politisch und finanziell getragen.⁸⁷ Auch in Odessa entstanden nach den blutigen Unruhen am 2. Mai Selbstverteidigungseinheiten, um die Stadt gegen prorussische Provokationen zu schützen. Zwar hatte es in Odessa seit Wochen kleine prorussische und große proukrainische Demonstrationen gegeben, aber die Zusammenstöße am 2. Mai sprengten alles Dagewesene. Ein proukrainischer Marsch in der Innenstadt wurde von bewaffneten prorussischen Demonstranten angegriffen, die unter dem Schutz von Polizisten (!) Schusswaffen gegen die unbewaffneten proukrainischen Demonstranten einsetzten, unter denen sich Fußballfans, sogenannte Ultras, befanden. Statt ins Stadion zu marschieren, wandten sich die Ultras daraufhin gegen die prorussischen Demonstranten, die in ihr Lager am Kulikovo-Feld flüchteten. Zahlreiche Demonstranten drangen in das dort gelegene Gewerkschaftshaus ein, das Feuer fing. Wer das Feuer legte sowie den genauen zeitlichen Ablauf der Tragödie am Gewerkschaftshaus soll die staatsanwaltliche Untersuchung klären. Insgesamt waren 48 Tote zu beklagen. Seit den blutigen Tagen auf dem Majdan in Kiew hatte es niemals so viele Tote gegeben. Weil ein Teil der Polizeiführung auf der Seite der prorussischen Aktivisten stand, wurden über 60 zunächst festgenommene Demonstranten wieder aus der Polizeihaft entlassen.⁸⁸ Eine der Konsequenzen war der massive Ausbau der Selbstverteidigung in der Stadt und um die Stadt.⁸⁹



Vor dem ausgebrannten Gewerkschaftsgebäude, Odessa, 2.5.2014

⁸⁷ Der Oligarch des Westens. FAZ, 9.5.2014.

⁸⁸ Chait: Ne stoit daže primerivat' na Odessu scenarij Donecka ili Luganska, <<http://gordonua.com/news/separatism/Hait-Ne-stoit-dazhe-primerivat-na-Odessu-scenarij-Donecka-ili-Luganska-21105.html>>. – Interv'ju s byv im mērom Odessy Echo moskvy, <www.echo.msk.ru/programs/beseda-03.05.2014>.

⁸⁹ Ekaterina Sergackova: „Master-klass dlja Donecka“: kak „divannaja sotnja“ v Odese perešla v samooboronu, <<http://life.pravda.com.ua/society/2014/05/6/167165/>>.

Eine Deeskalation im Osten und Süden kann nur auf politischem Weg gelingen. Die Regierung in Kiew machte bereits seit März eine Reihe von Vorschlägen, von der Festschreibung der Sonderrolle der russischen Sprache in der zukünftigen Verfassung bis zum Angebot eines Rundes Tisches an die politischen Kräfte im Osten. Die Vertreter der „Volksrepublik Donec'k“ lehnten jedoch Gespräche mit der „Junta“ in Kiew ab. Die Regierung verabschiedete Anfang April eine „Konzeption zur Dezentralisierung der Macht“, die in vielen Punkten mit den Forderungen der Separatisten im Osten übereinstimmt: Wahl der Gouverneure statt der jetzigen Ernennung durch den Präsidenten, Schaffung echter Selbstverwaltungsorgane mit eigenständigen fiskalischen Kompetenzen.⁹⁰ Anfang April verabschiedete das Parlament ein neues Wahlgesetz für Kommunal- und Regionalwahlen.⁹¹

Allerdings gelang es nicht, den Separatisten im Donbass durch ein eigenes Referendum den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Regierung hatte dem Parlament vorgeschlagen, ein gesamtstaatliches Referendum über staatliche Einheit und Dezentralisierung zugleich mit der Präsidentenwahl am 25. Mai abzuhalten. Das Parlament lehnte jedoch ab. So konnten die Separatisten für ihr Pseudoreferendum am 11. Mai noch einmal den Donbass mobilisieren und einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung auf ihre Seite ziehen. Die Menschen stimmten für die „Selbständigkeit“ ihrer Region, tatsächlich aber war es eine Protestabstimmung, nicht für etwas Bestimmtes, sondern gegen die bestehenden Zustände. In den übrigen sechs Gebieten des Südens und Ostens gelang den prorussischen Kräften eine Destabilisierung jedoch nicht. „Neu-Russland“ wird es also nicht geben.

Das Manuskript wurde am 11. Mai 2014 abgeschlossen.

⁹⁰ Kabmin schvalyv koncepciju decentralizaciji vlady v Ukrajinі, <<http://korrespondent.net/ukraine/politics/3343158-kabmy-n-odobryl-kontseptsyui-detsentralyzatsyy-vlasty-v-ukrayne>>.

⁹¹ Rada narešti schvalyla zakon pro provedennja miscevykh vyboriv, <www.pravda.com.ua/news/2014/04/8/7021728/>.